Dokumentationszentrale 3003 Bern Tel. 031 322 97 44

Fax 031 322 82 97

Transplantationsmedizin.

Verfassungsbestimmung

Médecine de la transplantation.

Article constitutionnel

Medicina dei trapianti

Articolo costituzionale

Verantwortlich für diese Ausgabe:

Parlamentsdienste Dokumentationszentrale Ernst Frischknecht Tel. 031 / 322 97 31

Bezug durch:

Parlamentsdienste Dokumentationszentrale 3003 Bern Tel. 031 / 322 97 44 Fax 031 / 322 82 97

Responsable de cette édition:

Services du Parlement Centrale de documentation Ernst Frischknecht Tél. 031 / 322 97 31

S'obtient aux:

Services du Parlement Centrale de documentation 3003 Berne Tél. 031 / 322 97 44 Fax 031 / 322 82 97

Inhaltsverzeichnis / Table des matières

Seite - Page

1.	Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations		I
2.	Rednerlisten - Listes des orateurs		II
3.	Zusammenfassung der Verhandlungen Condensé des délibérations		III V
4.	Verhandlungen der Räte - Débats dans les conseils		
	Nationalrat - Conseil national Ständerat - Conseil des Etats	02.12.1997 15.06.1998	1 19
	Schlussabstimmungen / Votations finales		
	Nationalrat - Conseil national Ständerat - Conseil des Etats	26.06.1998 26.06.1998	25 26
5.	Bundesbeschluss vom Arrêté fédéral du Decreto federale del	26.06.1998 26.06.1998 26.06.1998	27 28 29

I

1. Uebersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations

×179/97.035 nTransplantationsmedizin. Verfassungsbestimmung

Botschaft vom 23. April 1997 zu einer Verfassungsbestimmung über die Transplantationsmedizin (BBI 1997 III 653)

NR/SR Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

Siehe Geschäft 97.3544 Mo. SGK-NR (97.035) Minderheit Goll

Bundesbeschluss betreffend eine Verfassungsbestimmung über die Transplantationsmedizin

02.12.1997 Nationalrat. Beschluss abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

15.06.1998 Ständerat. Zustimmung.

26.06.1998 Nationalrat. Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.

26.06.1998 Ständerat. Der Bundesbeschluss wird in der Schlussabstimmung angenommen.

Bundesblatt 1998 3473

imes 179/97.035 $\it n$ Médecine de la transplantation. Article constitutionnel

Message du 23 avril 1997 relatif à un article constitutionnel sur la médecine de la transplantation (FF 1997 III 613)

CN/CE Commission de la sécurité sociale et de la santé publique Voir objet 97.3544 Mo. CSSS-CN (97.035) Minorité Goll

Arrêté fédéral concernant un article constitutionnel sur la médecine de la transplantation

02.12.1997 Consell national. Décision modifiant le projet du Conseil fédéral.

15.06.1998 Consell des Etats. Adhésion.

26.06.1998 Conseil national. L'arrêté est adopté en votation finale.

26.06.1998 Conseil des Etats. L'arrêté est adopté en votation finale.

Feuille fédérale 1998 3059



2. Rednerliste - Liste des orateurs

Nationalrat - Conseil national

Deiss Joseph (C, FR)	11
Dormann Rosmarie (C, LU), Berichterstatterin	2, 16
Dreifuss Ruth, conseillère fédérale	8, 16
Eymann Christoph (L, BS)	7
von Felten Margrith (S, BS)	3
Goll Christine (S, ZH)	8, 12
Gonseth Ruth (G, BL)	4, 13
Gross Jost (S, TG)	12
Guisan Yves (R, VD)	13
Günter Paul (S, BE)	16
Hafner Ursula (S, SH)	15
Heberlein Trix (R, ZH)	5
Hochreutener Norbert (C, BE)	6, 15
Hollenstein Pia (G, SG)	14
Meier Samuel (U, AG)	6
Philipona Jean-Nicolas (R, FR), rapporteur	1, 15, 16
Schenk Simon (V, BE)	5, 15
Widmer Hans (S, LU)	7

Ständerat - Conseil des Etats

Brunner Christiane (S, GE)	22, 24
Cottier Anton (C, FR)	23
Dreifuss Ruth, conseillère fédérale	
Forster-Vannini Erika (R, SG)	
Merz Hans-Rudolf (R, AR)	
Rochat Eric (L, VD), rapporteur	19, 23



97.035 Transplantationsmedizin. Verfassungsbestimmung Médecine de la transplantation. Article constitutionnel

Botschaft: 23.04.1997 (BBi 1997 III, 653 / FF 1997 III, 613)

Ausgangslage

Die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen ist in der Humanmedizin zu einer geläufigen Technik geworden. Bei vielen kranken Menschen kann heute durch eine Transplantation das Leben gerettet oder die Krankheit weitgehend geheilt oder gelindert und damit die Lebensqualität entscheidend verbessert werden. Neue technische Entwicklungen haben in den letzten Jahren weitere Möglichkeiten eröffnet; zugleich hat jedoch der Mangel an verfügbaren Organen neue Probleme geschaffen.

Mit zwei von beiden Kammern überwiesenen Motionen fordern die eidgenössischen Räte eine umfassende Regelung des Umgangs mit Transplantaten in der Schweiz. Die Motion Onken verlangt, den Handel mit menschlichen Organen in der Schweiz zu verbieten; die Motion Huber fordert die Schaffung der verfassungs- und gesetzesmässigen Grundlagen zur Bewältigung der vielfältigen rechtlichen und organisatorischen Probleme der Transplantationsmedizin.

Die rechtlichen Voraussetzungen für die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen, Geweben und Zellen sind derzeit in der Schweiz – im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Staaten – auf Stufe Bunde nicht spezialgesetzlich geregelt, sondern bestimmen sich nach allgemeinen Regeln und Grundsätzen, teilweise nach kantonalen Regelungen sowie nach privaten Richtlinien und Empfehlungen. Mit dem Bundesbeschluss vom 22. März 1996 über die Kontrolle von Blut, Blutprodukten und Transplantaten ist am 1. August 1996 im Bereich des Infektionsschutzes und des Handels mit Transplantaten eine erste Regelung in Kraft getreten.

Der Bund verfügt bereits heute in Teilbereichen über verfassungsmässige Kompetenzen, um den Bereich der Transplantationsmedizin zu regeln. Kompetenzlücken bestehen im wesentlichen für eine Regelung der eigentlichen Organisation des Transplantationswesens in der Schweiz, der Zuteilung der verfügbaren Organe und der nicht gewerbsmässigen oder der an öffentlichen Einrichtungen betriebenen Transplantationsmedizin. Für eine umfassende Regelung des Umgangs mit Transplantaten in der Schweiz muss deshalb eine Verfassungsgrundlage geschaffen werden.

Der vom Bundesrat vorgeschlagene neue Artikel 24decies der Bundesverfassung gibt dem Bund die Kompetenz zum Erlass von Vorschriften auf dem Gebiet der Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Abs. 1). Dabei soll der Bund für den Schutz von Menschenwürde, Persönlichkeit und Gesundheit sorgen. Erfasst sind dabei sowohl menschliche als auch tierische Organe, Gewebe und Zellen. Der Bund kann damit namentlich auch die Xenotransplantation, d.h. die Übertragung tierischer Organe auf den Menschen regeln.

In Absatz 2 des Verfassungsartikels werden dem Bund zwei wichtige Gesetzgebungsaufträge erteilt. Aufgrund dieser Bestimmung soll der Bund die Unentgeltlichkeit der Spende vorsehen und für eine gerechte Zuteilung von Organen sorgen.

Verhandlungen

NR	02.12.1997	AB 2410
SR	15.06.1998	AB 626

NR / SR 26.06.1998 Schlussabstimmung (158:11 / 42:0)

Im Nationalrat wehrte sich von Felten (S, BS) vergeblich mit einem Nichteintretensantrag gegen den neuen Verfassungsartikel. Die Antragsstellerin argumentierte, die neue Verfassungsbestimmung strebe auf Kosten der Patientenrechte nichts anderes als ein lückenloses, zentralistisches Transplantationsmedizinsystem an, das "die freie Zirkulation der Körperteile" ermöglichen solle. Es gehe nicht an, die Organbeschaffung zum Staatsziel zu erklären und die menschlichen Körperteile zu "vergesellschaften". Zudem, so von Felten, sei für den Erlass eines Transplantationsmedizingesetzes eine ausreichende Verfassungsgrundlage vorhanden. Der Antrag wurde mit 126 zu 18 Stimmen abgelehnt.

Die Mehrheit des Rates war gemeinsam mit Bundesrätin Dreifuss der Ansicht, dass eine Vereinheitlichung der heute zahlreichen kantonalen und privaten Regelungen unbedingt angezeigt sei. Kommissionssprecher Philipona (R, FR) sprach von einem unbefriedigendem "Patchwork", das es zu beseitigen gelte. Der Rat legte auf Antrag der Kommissionsmehrheit in einem dritten Abschnitt explizit fest, dass die Spende von menschlichen Organen, Geweben und Zellen unentgeltlich und der Handel mit menschlichen Organen verboten ist.

Einiges zu diskutieren gab im Rat die Xenotransplantation. Ein Minderheitsantrag seitens der SP und der Grünen, der für die Xenotransplantation ein Moratorium bis 2010 festschreiben wollte, um Zeit für eine eingehende Beschäftigung mit den Risiken und Chancen dieses Verfahrens zu gewinnen, scheiterte mit 96 zu 52 Stimmen. Die Mehrheit war der Ansicht, dass ein Moratorium den Forschungsplatz Schweiz empfindlich beeinträchtigen würde und dass das Thema Xenotransplantation auf Gesetzesstufe geregelt werden soll.

Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag von links-grüner Seite, der die Freiwilligkeit der Organspende explizit in der Verfassung verankern wollte. Die Diskussion um das sogenannte Widerspruchsmodell bei Organentnahmen habe gezeigt, dass das Selbstbestimmungsrecht nicht in jedem Fall garantiert sei. Vor allem von bürgerlicher Seite wurde dagegen erfolgreich vorgebracht, dass die Freiwilligkeit per Definition in den Begriffen "Spende" und "Persönlichkeitsschutz" enthalten sei und deshalb nicht explizit festgeschneben werden müsse.

Die Diskussion im Rat lässt erwarten, dass die Erarbeitung eines entsprechenden Gesetzesartikels nicht einfach sein wird. Unter anderem wird es darum gehen, die für die Organentnahme wesentliche Bestimmung des Todeszeitpunktes festzulegen und damit die Begriffe Sterben und Tod gesetzgeberisch zu erfassen.

Im Ständerat war das Eintreten auf die Vorlage unbestritten und die Fassung des Nationalrates wurde ohne Gegenstimme unterstützt.

Zu reden gab in der kleinen Kammer vor allem die Frage, ob der Bund in einem zusätzlichen Absatz verpflichtet werden sollte - wie das ein Antrag Brunner (S, GE) verlangte - durch Information der Bevölkerung die Bereitschaft zur Organspende zu fördern. Brunner begründete ihr Begehren mit der im europäischen Vergleich sehr geringen Spendefreudigkeit der Schweizer und Schweizerinnen, was möglichweise auf ein Informationsmanko zurückzuführen sei. So wüssten die wenigsten, dass die Stiftung Swisstransplant Spenderausweise ausstelle. Die Antragsstellerin fand im Rat jedoch keine Unterstützung. Cottier (C, FR) argumentierte, es wäre nicht sinnvoll, den Bund jetzt noch mit neuen Aufgaben zu betrauen und dann jedes Jahr Kredite dafür sprechen zu müssen. Im übrigen verbiete der Verfassungsartikel dem Bund ja nicht, hier tätig zu werden. Auf die Versicherung von Bundesrätin Dreifuss, das Gesetz werde die mangelnde Sensibilisierung der Bevölkerung berücksichtigen, zog Brunner ihren Antrag zurück.



97.035 Médecine de la transplantation. Article constitutionnel Transplantationsmedizin. Verfassungsbestimmung

Message: 23.04.1997 (FF 1997 III, 613 / BBI 1997 III, 653)

Situation initiale

La transplantation d'organes de tissus et de cellules est de nos jours une opération médicale de routine. cette technique permet de sauver la vie de nombreux malades ou encore de guérir ou d'améliorer ainsi considérablement la qualité de leur vie. Ces dernières années, des innovations techniques ont ouvert de nouvelles perspectives, alors que dans le même temps la pénurie d'organes a engendré de nouveaux problèmes.

Deux motions transmises au Conseil fédéral demandent une réglementation exhaustive de la transplantation d'organes en Suisse. La motion Onken exige l'interdiction du commerce des organes d'origine humaine et la motion Huber la création des dispositions constitutionnelles et législatives nécessaires pour régler les multiples problèmes juridiques et organisationnels liés à la médecine de la transplantation.

Contrairement à la plupart des autres pays européens, la Suisse ne possède pas au niveau national de dispositions légales spécifiques régissant le don, le prélèvement et la greffe d'organes, de tissus et de cellules. Ces domaines sont régis par des règles et des principes généraux et en partie par des législations cantonales et par des directives et des recommandations émanant des milieux privés. Avec l'arrêté fédéral du 22 mars 1996 sur le contrôle du sang, des produits sanguins et des transplants, est entrée en vigueur, le 1er août 1996, la toute première réglementation fédérale en matière de protection contre les infections et de commerce des transplants.

La Confédération dispose aujourd'hui déjà de compétences constitutionnelles partielles lui permettant de légiférer en matière de médecine de la transplantation. Des lacunes subsistent principalement en ce qui concerne l'organisation de la transplantation, l'attribution des organes disponibles et la médecine de la transplantation pratiquée à titre non lucratif ou par des institutions publiques. Une disposition constitutionnelle est donc nécessaire pour régler de manière exhaustive le domaine de la transplantation Suisse.

Le nouvel article 24decies de la constitution qui vous est proposé attribue à la Confédération la compétence d'édicter des prescriptions dans le domaine de la transplantation d'organes, de tissus et de cellules (al. 1er). Ce faisant, la Confédération devra veiller à protéger la dignité de l'être humain, la personnalité et la santé. Cet article constitutionnel s'applique aux organes, tissus et cellules d'origine humaine et d'origine animale.

La Confédération sera donc aussi habilitée à régler la xénotransplantation, c'est-à-dire la greffe d'organes d'origine animale sur l'homme. L'alinéa 2 donne à la Confédération deux mandats législatifs importants: prévoir la gratuité du don et veiller à ce que les organes soient attribués de manière équitable.

Délibérations

CN	02.12.1997	BO 2410
CE	15.06.1998	BO 626

CN / CE 26.06.1998 Votations finales (158:11 / 42:0)

Au Conseil national, Margrith von Felten (S, BS), opposée au nouvel article constitutionnel, a déposé en vain une proposition de non-entrée en matière. Selon elle, la disposition constitutionnelle en question ne visait rien d'autre qu'une médecine de la transplantation centralisée et systématique, autorisant la "libre circulation des parties du corps", au détriment des droits du patient, alors qu'il n'y avait pas lieu de concevoir le prélèvement d'organes comme un objectif étatique et de "socialiser" les différentes parties du corps humain. La conseillère nationale estimait par ailleurs qu'une base constitutionnelle suffisante existait déjà pour l'édiction d'une loi sur la médecine de la transplantation. La proposition von Felten a été balayée par 126 voix contre 18.

A l'instar de la conseillère fédéral Ruth Dreifuss, la majorité du conseil a jugé quant à elle qu'une harmonisation des nombreuses réglementations cantonales et privées s'imposait de toute urgence,



Jean-Nicolas Philipona (R, FR), rapporteur de la commission, évoquant à ce propos un "patchwork" insatisfaisant auquel il convenait de remédier. Le conseil a ensuite rajouté, sur proposition de la majorité de la commission, un troisième alinéa prévoyant de manière explicite la gratuité du don d'organes, de tissus et de cellules ainsi que l'interdiction du commerce d'organes humains.

Les avis divergeaient au sein du conseil quant à la xénotransplantation. Une proposition de minorité du PS et des Verts demandant qu'un moratoire en la matière soit prononcé jusqu'en 2010, ceci afin de permettre la réalisation d'études approfondies sur les risques et les chances offerts par ce procédé, a néanmoins échoué par 96 voix contre 52. La majorité du conseil estimait pour sa part qu'un moratoire affecterait dans une large mesure la recherche en Suisse et que le sujet de la xénotransplantation devait être réglementé au niveau législatif.

Une proposition de la tendance rose-verte visant à inscrire de manière explicite dans la constitution le caractère volontaire du don d'organes, le débat autour du "modèle contradictoire" au sujet des prélèvements d'organes ayant démontré que le droit à disposer de soi-même n'était pas garanti dans tous les cas, n'a pas obtenu davantage de succès auprès du Conseil national. En effet, certains représentants des partis bourgeois ont pu démontrer de manière plausible que le caractère volontaire du don d'organes était par définition déjà suggéré dans les termes "don" et "protection de la personnalité", ce qui rendait inutile toute mention explicite dans la constitution.

Si l'on se réfère au débat mené jusqu'ici au sein du Conseil national, des difficultés ne manqueront pas de se poser lors de l'élaboration d'un article de loi correspondant. En l'occurrence, il s'agira notamment de déterminer le moment de la mort, un facteur essentiel pour le prélèvement d'organes, ce qui équivaut à définir les notions de vie et de mort sur le plan législatif.

Le Conseil des Etats est entré en matière à l'unanimité sur le projet et a adhéré sans opposition à la version du Conseil national.

La Chambre haute s'est avant tout préoccupée de la question de savoir s'il y avait lieu — comme le suggérait une proposition Brunner (S, GE) - de compléter l'article constitutionnel par un alinéa supplémentaire donnant mandat à la Confédération de promouvoir le don d'organes en informant la population en conséquence. Christiane Brunner a justifié sa position en soulignant que les Suisses manifestaient davantage de réticence à l'égard du don d'organes que les ressortissants d'autres pays européens, ce qui pouvait s'expliquer selon elle par un manque d'information en la matière. C'est ainsi qu'en Suisse très peu de personnes savent que la fondation Swisstransplant établit des cartes de donneurs d'organes. La proposition Brunner n'a cependant pas trouvé d'écho auprès des membres du Conseil des Etats, dont Anton Cottier (C, FR), qui jugeait peu opportun pour le Parlement de charger la Confédération de nouvelles tâches et de devoir ensuite accorder chaque année des crédits à cet effet. Par ailleurs, d'après lui, le projet d'article constitutionnel n'interdisait pas à la Confédération d'exercer une action dans ce domaine. L'assurance, donnée par la conseillère fédérale Ruth Dreifuss, que la loi tiendrait compte du faible degré de sensibilisation du public à cette question, a finalement incité Christiane Brunner à retirer sa proposition.



vention réalisée à Boston en 1959, comme la première opération de ce genre couronnée de succès. Mais c'est sans doute l'intervention pratiquée le 3 décembre 1967 par le docteur Barnard, à Cape Town en Afrique du Sud, qui frappera le plus l'imagination tant des médecins que du public. Ce jour-là, le docteur Barnard réalise la première greffe cardiaque en transplantant dans l'organisme d'un patient de 54 ans le coeur d'une jeune femme de 24 ans décédée dans un accident de la circulation. Le patient du docteur Barnard décédera dix-hult jours plus tard, mais entre-temps, la nouvelle a fait le tour du monde et provoqué un engouement extraordinaire.

A la suite de cette première, des dizaines de centres médicaux dans le monde entier vont à leur tour se lancer dans l'aventure. Mais la volonté de démontrer le même savoir-faire ne suffit pas, et les résultats sont souvent décevants. Les problèmes de rejet et d'infection postopératoire sont d'une telle ampieur que, peu à peu, l'enthousiasme s'éteint. C'est une découverte réalisée à Bâle qui permettra de reprendre espoir. Dès 1976, le docteur Jean-François Borel présente dans une publication scientifique les propriétés immunosuppressives d'une molécule qu'il dénomme «ciclosporine». Les études cliniques ne tardent pas à confirmer l'efficacité de la substance, qui est utilisée ensuite dans le monde entier.

Aujourd'hui, la transplantation d'organes, bien qu'elle reste une intervention parfois complexe et délicate, est presque devenue une opération de routine. Les taux de réussite sont très importants et les indications de plus en plus étendues. On transplante des nouveau-nés aussi bien que des patients âgés de 55 ans ou plus. On a cessé en outre de parler en termes d'espérance de vie après une transplantation, comme si la transplantation ne pouvait constituer qu'une rémission provisoire. Au contraire, elle est perçue comme un nouveau départ dont le potentiel n'est pas, en soi, limité.

Les difficultés résident désormais dans la grave pénune d'organes à laquelle les équipes médicales de transplantation sont confrontées. Afin d'améliorer cette situation, la fondation Swisstransplant, dont le service suisse de coordination dresse la liste des patients en attente, organise des campagnes d'information du public afin d'encourager plus de personnes à porter le certificat de donneur d'organes.

La pénurie d'organes n'est pourtant pas la seule difficulté à résoudre. Outre les obstacles d'ordre médical qui subsistent encore, les problèmes religieux, philosophiques, éthiques ou psychologiques qui surgissent en matière de transplantation sont nombreux et souvent difficiles à résoudre.

La première des questions qui devrait être soulevée est parfols occultée par les discussions portant d'emblée sur des aspects purement concrets. Cette première question est pourtant essentielle: comment se déterminer quant au principe même de toute transplantation d'organe? Ses partisans la considèrent en général comme un acte de solidarité envers la société auquel chacun devrait consentir. Ceux qui s'y opposent y voient une violation insoutenable de l'intégrité corporelle qui mérite un respect absolu, même après le décès.

Dans l'acceptation ou le refus individuel de la transplantation, la raison n'a pas toujours sa place. Les choix opérés reposent souvent sur des a priori. Le symbolisme de certains organes humains peut ainsi jouer un rôle non négligeable. Le don d'un coeur, par exemple, considéré dans le langage figuré comme le siège des sentiments, considéré aussi comme l'organe vital par excellence, a sans doute une portée émotionnelle particulière. Parfols, les choix sont plutôt dictés par des considérations philosophiques. On peut ainsi s'interroger sur l'opportunité d'accepter l'introduction dans l'organisme humain d'un ou de plusieurs organes provenant d'un autre individu, voire d'origine animale, et modifiés génétiquement

Les choix peuvent également dépendre de critères de nature éthique. Dans ce domaine, il est surtout question de dignité humaine. Il s'agit alors d'empêcher tout trafic. Il faut aussi conserver au don d'organes un caractère gratuit et veiller à une juste répartition des organes entre les patients qui en ont besoin, selon des critères préétablis.

97.035

Transplantationsmedizin. Verfassungsbestimmung Médecine de la transplantation. Article constitutionnel

Botschaft und Beschlussentwurf vom 23. April 1997 (BBI III 653) Message et projet d'arrêté du 23 avril 1997 (FF III 613) Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Antrag der Kommission Eintreten

Antrag von Feiten Nichteintreten

Proposition de la commission Entrer en matière

Proposition von Feiten Ne pas entrer en matière

Philipona Jean-Nicolas (R, FR), rapporteur: Pour parvenir aux réussites que connaît la chirurgle de transplantation à la fin du XXe siècle, le chemin a été long et difficile, ponctué de percées significatives, mais surtout de fréquents échecs qui faisaient alterner espoir et désespoir.

Les spécialistes ont coutume de considérer la transplantation d'un rein d'un jumeau dans l'organisme de son frère, inter-



2. Dezember 1997

La définition de la mort se trouve, quant à elle, aux confins de la religion, de la philosophie et de l'éthique.

A cette liste de difficultés soulevées par la transplantation d'organes, il faut encore ajouter les questions de nature juridique. Or, comme beaucoup d'autres développements récents de la science médicale, la transplantation d'organes a quelque peu pris de vitesse le droit. Si des réponses ont pu être apportées à certains problèmes, d'autres restent encore à résoudre. Contrairement à ce qui vaut dans la plupart des autres pays européens, les conditions juridiques de la médecine de transplantation ne sont pas réglées à l'échelle fédérale, ou alors de manière insuffisante. Actuellement, le prélèvement et la transplantation d'organes sont réglés par des directives cantonales, ainsi que par les directives et recommandations de l'Académie suisse des sciences médicales qui, pour leur part, s'appuient sur les principes du Conseil de l'Europe et de l'OMS. La Confédération ne dispose de compétences législatives que dans des domaines partiels.

Cette situation a conduit à diverses interventions au Conseil des Etats. En 1993, la motion Onken (93.3573) invitait le Conseil fédéral à prendre les mesures législatives nécessaires pour faire échec au redoutable commerce d'organes. Quant à la motion Huber (94.3052), elle demande au Conseil fédéral d'élaborer un droit fédéral approprié sur les plans constitutionnel et législatif, afin de prendre en compte les multiples aspects liés à la transplantation d'organes. Une même requête a d'ailleurs aussi été formulée par la Conférence des directeurs cantonaux des affaires sanitaires.

Il faut bien constater que la situation actuelle n'est pas satisfaisante, puisqu'il s'agit d'un véritable patchwork législatif des cantons. 20 cantons disposent d'une législation partielle, tandis que 4 n'ont élaboré aucune réglementation. Il n'est donc pas étonnant que, dans une étude sur ce sujet, le professeur Borghi conclue qu'actuellement le droit cantonal en la matière a un caractère incomplet, disparate, contradictoire, voire parfois inconstitutionnel.

C'est donc assez logique que la commission soit entrée en matière sans opposition sur le projet d'article constitutionnel. Mais très rapidement, de larges discussions ont eu lieu en commission en ce qui concerne la xénotransplantation. Par ce terme, on vise les procédures médicales consistant à prélever des organes sur les animaux et à les implanter dans des organismes humains. Relevons que d'un point de vue fonctionnel, mais aussi sous l'angle de la dimension, il apparaît que les organes de porcs sont plus appropriés pour ce genre d'Interventions que les organes provenant des primates supérieurs tels que chimpanzés ou baboulns, pourtant génétiquement bien plus proches de l'homme. En fait, la xénotransplantation se trouve encore au stade expérimental. De sérieuses incertitudes subsistent, liées en particulier au comportement physiologique des xénotransplants, encore mal connu, ainsi qu'aux traitements immunologiques intensifs que nécessiterait ce genre de transplantation.

L'article constitutionnel proposé concerne donc toutes les transplantations. Il n'y a pas nécessité de prévoir un moratoire pour une éventuelle possibilité de xénotransplantation, car c'est au niveau de la loi qu'il faut prévoir des solutions variables et qui correspondent aussi à l'état de la science et à une compréhension éthique de ces problèmes.

C'est dans ce sens-là que la majorité de notre commission vous propose de modifier l'alinéa 2 de cet article constitutionnel, tel que prévu dans le projet du Conseil fédéral. Nous y reviendrons par la sulte. La commission vous propose d'accepter la version de sa majorité, qui a été acceptée par 19 voix contre 2.

Dormann Rosmarie (C, LU), Berichterstatterin: Wir haben es gehört: Vor genau dreissig Jahren wurde in Südafrika das erste Herz transplantiert. Diese Organtransplantation war ein revolutionärer Erfolg der medizinischen Wissenschaften, der über die Medien in die ganze Weit hinausgetragen wurde. Bei dieser einzigartigen Herztransplantation ist es nicht geblieben. Für die Fachärzte ist die Organtransplantation heute in vielen Staaten zu einer geläufigen Technik geworden. Allein in der Schweiz wurden in den letzten zehn Jahren 3125 Or-

gane verpflanzt. Es handelt sich dabei um Organspenden von lebenden wie von verstorbenen Menschen.

Der Transplantationsmedizin kommt heute eine enorme Bedeutung zu. Viele Menschen verdanken ihr eine grundlegende Verbesserung ihrer Lebensqualität oder gar ihr Leben. Einerselts haben neue technische Entwicklungen in den letzten Jahren weitere Möglichkeiten eröffnet, aber anderseits geht die Spendefreudigkeit in der Schweiz kontinuierlich zurück. Allein die glücklicherweise restriktiver gewordenen Vorschriften im öffentlichen Verkehr haben zu einem starken Rückgang an Todesopfern und damit zu einem Rückgang an freien Organen geführt. Das ist aber kein Trost für all jene, die seit Wochen und Monaten auf ein Organ warten und deren Leben mit der Transplantation eines gesunden Organs steht und fällt. Offensichtlich bestehen in der Bevölkerung sehr viele Ängste vor missbräuchlichen Anwendungen wegen widersprüchlichen Aussagen in bezug auf die Todesdefinition und Todesfeststellung. Diese Unsicherheiten lassen im Volk die Meinung aufkommen, dass unsere medizinischen Techniken wohl auf einem sehr hohen Niveau stehen, die Wissenschafter sich aber heute nicht mehr einig sind, wann das Leben beginnt und wann es aufhört.

Dem hohen Niveau der Schweizer Transplantationsmedizin steht ein grundsätzliches Vakuum gegenüber. Wohl haben alle Kantone in ihren Gesundheitsgesetzen Vorschriften über die Organtransplantation. Im Zusammenhang mit dem Bundesbeschluss über die Kontrolle von Biut, Blutprodukten und Transplantaten haben wir uns im Herbst 1995 am Rande mit Transplantationsmedizin befasst. Dieser Bundesbeschluss ist als Übergangsregelung seit März 1996 in Kraft. Darin wird der Handel mit Transplantaten gegen Entgelt in der Schweiz oder von der Schweiz aus ins Ausland verboten. Auch ist die Melde- und Bewilligungspflicht von Organentnahmen und -transplantationen geregelt. Dieser Bundesbeschluss ist befristet und nur bis Ende 2005 in Kraft. Zweifellos werden die Bestimmungen dereinst in das Transplantationsgesetz zu übernehmen sein.

Ständerat wie Nationalrat fordern mit zwei überwiesenen Motionen eine umfassende Regelung des Umgangs mit Transplantaten in der Schweiz. Die Motion des Ständerates (Onken) will den Handel mit menschlichen Organen in der Schweiz verbieten. Die Motion des Ständerates (Huber) fordert die Schaffung der verfassungs- und gesetzesmässigen Grundlagen zur Bewältigung der vielfachen rechtlichen und organisatorischen Probleme der Transplantationsmedizin. Der Bundesrat schlägt in seiner Botschaft vom 23. April 1997 die Schaffung einer Verfassungsbestimmung über die Transplantationsmedizin vor.

İhre Kommission hat sich an drei Sitzungstagen Intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt. Sie hat insbesondere Experten zu den verfassungsmässigen, ethischen, medizinischen und rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der Transplantationsmedizin angehört. Sie hat sich eingehend mit der Frage auseinandergesetzt, ob zur Schaffung einheitlicher Gesetzesbestimmungen für die Schweiz überhaupt ein neuer Verfassungsartikel notwendig sei. Diese Frage ist eindeutig bejaht worden. Allein schon die wegen der Volksabstimmung notwendige breite öffentliche Diskussion würde die Schaffung einer Verfassungsbestimmung über die Transplantationsmedizin rechtfertigen.

Der vorliegende Entwurf des Bundesrates für einen Verfassungsartikei ist von der Mehrheit der Kommission inhaltlich übernommen worden. Nach Absatz 1 von Artikel 24decies erlässt der Bund Vorschriften auf dem Gebiet der Transplantation von Organen, Geweben und Zellen. Im Unterschied zur Minderheit I (Deiss) beschränkt sich die Mehrheit der Kommission nicht nur auf menschliche Organe, Gewebe und Zellen, sondern versteht unter den Transplantationen solche mit menschlichen und tierischen Transplantaten. Der Bundesrat schliesst in der Botschaft nicht aus, dass die Xenotransplantation eine der zukünftigen Möglichkeiten im Bereich der Transplantationsmedizin werden kann.

Unabhängig von der Frage, ob Xenotransplantationen aus ethischen und gesundheitlichen Gründen verantwortbar sind, kann festgestellt werden, dass sie in der medizinischen For-





schung immer wichtiger werden. Zweifellos ist im Volk die Verunsicherung bezüglich der Xenotransplantation gross. Das stelle ich bei Vorträgen über die Gentechnologie immer wieder fest. Die Übertragung tierischer Organe auf Menschen weist viel grössere Probleme auf als herkömmliche Transplantationen. Es gibt nach wie vor sehr viele Unsicherheiten, ungelöste Fragen und Sicherheitsrisiken. Gerade deshalb aber besteht Handlungsbedarf.

Der Bundesrat hat sich in der Botschaft zur Transplantationsmedizin in bezug auf die Frage der Transplantation von tierischen Organen auf die Menschen weder befürwortend noch ablehnend ausgesprochen. Der Einbezug tierischer Organe in die Verfassungsbestimmung präjudiziert eine gesetzliche Regelung in keiner Art und Weise. Wir sind uns alle bewusst, dass zurzeit die Chance einer vollzogenen Xenotransplantation in weiter Ferne liegt, da die Risiken der Übertragung neuer Krankheitserreger auf den Menschen noch völlig ungeklärt sind.

Je ähnlicher sich die menschlichen und tlerischen Organe sind, desto grösser ist auch die Gefahr, dass sie von denselben Krankheitserregern infiziert werden. Es gibt Krankheitserreger, die in Tieren harmlos sind, für den Menschen aber sehr schädlich sein können. Deshalb verlangen die Kommissionsminderheiten Illa und IIIb ein Moratorium auf Verfassungsstufe für die Übertragung von tlerischen Organen auf den Menschen bis ins Jahr 2010. Die Mehrheit der Kommission lehnt diesen Antrag ab, da sie befürchtet, der Forschungsplatz Schweiz könnte durch das Moratorium völlig aufgehoben werden.

Wenn die Kompetenz des Bundes im neuen Verfassungsartikel auf menschliche Organe beschränkt bliebe, wie es die Minderheit I verlangt, wäre eine Regelung der Xenotransplantation nicht möglich. Es wäre z. B. nicht möglich, die Durchführung von Xenotransplantationen in öffentlichen Spitälern zu regeln. Es ist unbestritten, dass sich in diesem Bereich noch zahlreiche ethische, medizinische und gesundheitliche Fragen und Probleme stellen, die diskutiert und gelöst werden müssen. Dem Gesetzgeber stehen dannzumal alle Möglichkeiten offen, die Xenotransplantation zu regeln, zu beschränken oder gar zu verbieten.

In Absatz 1 des Verfassungsartikels wird zudem klar der Schutz der Menschenwürde, der Persönlichkeit und der Gesundheit gefordert. Dies betrifft nicht nur die Organspender und -spenderinnen, sondern auch die Empfänger und Empfängerinnen von Organen, Geweben und Zellen. Die Achtung der Menschenwürde ist mit der Transplantationsmedizin zentral angesprochen. Insbesondere geht es dabei um die Bestimmung des Todeszeitpunktes bei der Organentnahme von Verstorbenen, aber auch um das Recht auf ein menschenwürdiges Sterben.

Es besteht auch ein grundsätzliches Ungleichgewicht zwischen Empfänger und Spender. Beim Spenden haben wir es vor dem Tod mit einem lebenden Subjekt zu tun, nach dem Tod aber mit einer Leiche, die zwar auch Inhaberin von Persönlichkeitsrechten ist, aber nicht mehr im gleichen Umfang wie jener Mensch, der dank der Organspende weiterleben darf. Die Frage, wann der Mensch tot ist und wann ihm Organe überhaupt entnommen werden dürfen, muss zwingend auf Gesetzesstufe geregelt werden, denn die Begriffe Sterben und Tod haben sich gewandelt und weiterentwickelt.

Heute geben die wissenschaftlichen Akademien medizinische und ethische Richtlinien für Organ- und Gewebetransplantationen heraus. Diese lehnen sich weitgehend an die Grundsätze des Europarates und der Weitgesundheitsorganisation an.

Von besonderer Bedeutung ist auch der Schutz der Persönlichkeit. Die Persönlichkeit umfasst alle physischen, psychlschen, moralischen und sozialen Werte wie Lelb und Leben, Freiheit und Ansehen, die einer Person kraft ihres Menschseins und ihrer Existenz zukommen. Im Zusammenhang mit der Transplantationsmedizin sind Garantien des Persönlichkeitsschutzes bedeutsam, insbesondere der Schutz des Lebens, der körperlichen und gelstigen Unversehrtheit, z. B. bei der Entnahme von Organen aus dem Körper einer lebenden Person; das betrifft auch die Selbstbestimmung bezüglich

der Entscheidung, ob jemand seine Organe für Transplantationen zur Verfügung stellen will.

Niemand denkt an einen rechtlichen Anspruch des Individuums auf ein Organ; auch wird es keine moralische Verpflichtung geben, ein Organ spenden zu müssen. Eine Organentnahme gegen den Willen des Spenders oder der Spenderin oder gar die gesetzliche Statulerung einer Organspendepflicht kann nicht in Frage kommen. Dieser Aspekt ist an sich bereits im Wort «Spende» enthalten, denn eine unfreiwillige Spende wäre keine Spende mehr. Deshalb hat die Mehrheit der Kommission auf die Erwähnung der Freiwilligkeit, die die Minderheiten IIa und IIb fordern, verzichtet.

Der Schutz der Gesundheit betrifft prioritär den Schutz der empfangenden Person vor einer Ansteckung mit Krankheitserregern. Mit der «Wahrung der Gesundheit» auf Verfassungsstufe sind die heutigen grossen Bedenken bezüglich der Transplantation von tierlschen Organen auf die Menschen berücksichtigt.

In Absatz 2 von Artikel 24decies der Bundesverfassung wird die gerechte Zuteilung von Organen explizit erwähnt. Obwohl dieses Kriterium in der Praxis schwierig zu erfüllen sein wird, ist es der Mehrheit der Kommission ein Anliegen, dass das zu schaffende Gesetz in diese Richtung Vorgaben gibt.

Der Absatz 3 verlangt die Unentgeltlichkeit der menschlichen Organe, Gewebe und Zellen. Dass sich ein Entgelt für ein gespendetes Organ moralisch nicht verantworten lässt, ist schon in der heutigen Praxis klar. Eine Organspende, mit der Leben verlängert oder Leiden gelindert wird, ist unbezahlbar. Gleichzeitig aber muss jeglicher Handel mit Organen verboten bleiben. Diese beiden Aspekte, Unentgeltlichkeit und gerechte Zuteilung, lässt der Minderheitsantrag I vermissen. Namens der Kommissionsmehrheit bitte ich Sie um Eintreten und um Zustimmung zum Verfassungsartikel, was in der Kommission mit 19 zu 2 Stimmen bei 0 Enthaltungen erfolgt ist. Ich bitte Sie, in der Detailberatung der Mehrheit zu folgen und die Minderheitsanträge abzulehnen.

von Felten Margrith (S, BS): Eine neue Bundeskompetenz geht bekanntlich immer zu Lasten kantonaler Kompetenzen. Aber bei diesem Geschäft ist nirgendwo zu erfahren, wie und wo in die kantonale Regelungshoheit eingegriffen werden soll, weder in der Botschaft noch in den Kommissionsprotokollen. Für die Bestimmung des Zustimmungsmodells, für die Regelung der Unentgeltlichkeit, der Freiwilligkeit, des Datenschutzes, des Infektionsschutzes und des Organhandels, für die Xenotransplantation und für die Fötalgewebetransplantation – für alles, was bisher gesagt worden ist – ist der Bund bereits heute zuständig. Warum also nicht einfach ein Transplantationsmedizingesetz erlassen? Weshalb eine Verfassungsänderung?

Lücken sollen geschlossen werden heisst es in der Botschaft. Welche? Ich sehe den Text des Abstimmungsbüchleins bereits vor meinen Augen. Es wird bestimmt der Anschein erweckt werden, die Transplantationsmedizin finde heute quasi im rechtsfreien Raum statt, in den Kantonen herrsche Wildwuchs, zum Schutz der Spendenden müsse eine umfassende Bundeskompetenz her. Alles Irreführungl Diese umfassende Kompetenz ist einzig und allein notwendig, um ein durchorganisiertes Transplantationssystem mit internationaler Verknüpfung aufzubauen.

Im Klartext: Es soll nach dem «Muster des deregulierten Marktes» ein lückenloses, zentralistisch gesteuertes System aufgebaut und vor allem finanziert werden. Dereguliert wird bei den Patientinnen- und Patientenrechten, dafür entsteht eine ganze Reihe neuer Pflichten: Meldepflichten, Erklärungspflichten, Registrierungspflichten, Explantationspflichten usw. Es braucht optimale Rahmenbedingungen für die freie Zirkulation der Körperteile der Einwohnerinnen und Einwohner dieses Landes. Dafür braucht es eine neue Kompetenz.

Das wird natürlich nirgendwo so gesagt. Aber schon der Fachjargon lässt aufhorchen. Wenn man die Fachliteratur liest, heisst es da z. B., die Logistik des Organtausches müsse ausgebaut werden, der Datentransfer müsse beschleunigt werden, die medizinische Effektivität müsse erhöht und die In-



frastrukturleistungen müssten gesteigert werden. Und die Kosten?

Elne deutsche Statistik zeigt auf, dass sich die Stellen für die transplantationsmedizinischen Infrastrukturleistungen innerhalb der letzten fünf Jahre verdoppelt haben. Diese Ankurbelung des Organmarktes ist zwingend mit der Einschränkung der persönlichen Frelheit aller Einwohnerinnen und Einwohner dieses Landes verbunden.

Es ist absehbar, dass diese neue Kompetenz zum Aufbau landesweit und international vernetzter Datenbanken führen wird, zu behördlich organisierten und kontrollierten Spendeerklärungen, z. B. durch Einträge in Pässen, Identitätskarten, Einwohnerdatelen – Erklärungen, die notabene alle paar Jahre erneuert werden müssen! Anlässlich der Steuererklärung müsste ich etwa jedes Jahr überlegen, ob ich immer noch bzw. nicht doch einmal bereit wäre, meine Organe zu spenden, falls ich alle Jahre nein gesagt habe.

Nicht zuletzt braucht es eine Grundlage für die Finanzierung entsprechender behördlicher Infrastruktur und Propaganda zur Erhöhung der Spendebereitschaft. Organbeschaffung ist das Ziel. Die Gesetzgebung – das ist klar – soll die rechtliche Absicherung der optimalen Organgewinnung bringen.

Ich staune, mit welcher Unverfrorenheit bisher unbestrittene Regeln der medizinischen Ethik auf die Müllhalde der Geschichte geworfen werden. So wird z. B. bereits gefordert, dass nur jene «transplantiert» werden, die vorher bereit waren, selbst ein Organ zu spenden – ein Anreizsystem sozusagen. Eine weitere Forderung: keine Lebertransplantation für Alkoholiker. Oder heute schon – das ist bereits ungeheuerliche Realität – kommen Asylsuchende nicht auf die Warteliste der Organempfänger, umgekehrt sind sie aber als Spendende keineswegs ausgeschlossen. Deshalb wäre es praktisch, wenn alle Leute auf der Welt im Pass eine solche Erklärung abgeben müssten. Für solche Regelungen braucht es eine Bundeskompetenz.

Mit der Verankerung in der Bundesverfassung wird die Organbeschaffung zum Staatsziel erklärt. Dazu sage ich nein. Während überall von Privatisierung die Rede ist, werden die menschlichen Körperteile vergesellschaftet.

Transplantationsmedizin ist eine boomende Branche. Laut Unesco wird nach dem Jahre 2000 jeder zweite Eingriff eine Transplantation sein. Der Schock von damals, als im amerikanischen Oregon im Bereich Organtransplantation die Kostenübernahme durch die Krankenversicherung verweigert wurde, sitzt den Chirurgen noch in den Knochen. Das Volk soll ein überwältigendes Bekenntnis zur High-Tech-Medizin abgeben – das ist der Sinn dieses Verfassungsartikels. Die ganze Gesellschaft soll nach den Bedürfnissen der Organbeschaffung organisiert werden. Wollen wir das wirklich? Zumindest sollte bekanntsein, wie dies geschehen soll. Ich bitte Sie, diesen Blankoscheck nicht zu unterzeichnen.

Gonseth Ruth (G, BL): Die Entwicklungen in der Intensivund Transplantationsmedizin haben Handlungsmöglichkeiten von existentieller Bedeutung eröffnet. Es geht dabei sowohl für Organspendende als auch für Organempfangende buchstäblich um Leben und Tod. Zwei an und für sich absolute Werte stehen dabei aber im Widerspruch zuelnander, nämlich einerseits das Recht der Organspendenden auf körperliche Unversehrtheit und einen würdigen Tod und anderseits das Recht der Organempfangenden auf medizinische Hilfe und Leben.

Angesichts der Komplexität der sich hier stellenden Probleme kommt der Entwurf des Bundesrates betreffend eine Verfassungsbestimmung über die Transplantationsmedizin äusserst harmios und unausgegoren daher. Es handelt sich dabei zudem im Grunde noch um eine Mogelpackung. Der Bund will sich nämlich weitreichende Kompetenzen sichern, die weit über die gerechte Verteilung von Organen hinausgehen. Unterschlagen wird etwa die Absicht, dass es dabei auch um die Verwendung tierischer Organe und abgetriebener Föten gehen soll. Die Botschaft lässt völlig offen, wie der Bundesrat mit den heiklen ethischen Fragen – etwa dem Todeskriterium oder der Widerspruchslösung mit Bezug auf die Zustim-

mung – umgehen will. Bei all diesen ethischen Fragen ist heute ein Konsens nicht absehbar.

Lassen Sie mich diese Kontroversen am Beispiel von Marion Ploch verdeutlichen: 1992 diagnostizierten die Ärzte am Erlanger Universitätsspital bei der jungen Frau nach einem Verkehrsunfall den sogenannten Hirntod. Sie stellten für die junge Frau den Totenschein aus und hatten die Absicht, die Angehörigen um die Zustimmung für eine Organentnahme zu bitten. Als sich herausstellte, dass Marion Ploch schwanger war, schlugen die Ärzte eine Intensivbehandlung des eben zur Leiche erklärten Körpers bis zur Entbindung vor. Trotz des Totenscheines weigerte sich der zuständige Standesbeamte in der Folge, den Tod zu beurkunden, dies mit der Begründung, dass es ihm unmöglich sei, später die Geburt eines Kindes zu bescheinigen, das keine Mutter habe. Der makabre Versuch mit der schwangeren Leiche scheiterte nach acht Wochen infolge eines Spontanabortes.

Die hier aufgezeigten Widersprüche sind eklatant. Marion Ploch ist keineswegs ein Einzelfall. Doch endlich hat die öffentliche Erregung über diese «Erlanger Ereignisse» dazu geführt, das auf dem Kriterium des Hirntodes basierende Todesverständnis und den Umgang mit sterbenden Menschen intensiv zu hinterfragen.

Im Gegensatz zu Deutschland ist bei uns in der Schwelz die öffentliche Diskussion wenig fortgeschritten und wird von der interessengebundenen Swisstransplant geprägt. Nach wie vor hält diese Organisation kompromissios am sogenannten Hirntodkonzept fest. Ich wage allerdings zu bezweifeln, dass sie damit der Sache selbst dient. Vielleicht liegt ein Grund für die Abnahme der Spendefreudigkeit im Misstrauen, dass hier bestehende Widersprüche nicht diskutiert, sondern unter den Teppich gekehrt werden. Es besteht nämlich heute ein wohl nicht überwindbarer Dissens um die Bedeutung des Hirntodes.

«Hirntod» wird von vielen nicht mehr mit Tod gleichgesetzt, sondern als Beginn eines irreversiblen Sterbeprozesses bezeichnet. Das Wort «Hirntod» drückt dies ja eigentlich auch aus, nämlich dass nur ein Teil des Körpers, nämlich das Gehirn, abgestorben ist. Wir Grünen fordern deshalb, dass diese pluralen, unterschiedlichen Vorstellungen von Leben und Tod zu akzeptieren selen. Leider hat sich Frau Bundesrätin Dreifuss in den bisherigen Diskussionen in der SGK darauf nicht festlegen wollen.

Konkret stellt sich für das künftige Transplantationsgesetz die Frage, ob Organentnahmen dennoch möglich seien, wenn der Hirntod nicht mehr als Tod des Menschen gilt, sondern als Beginn eines Irreversiblen Sterbeprozesses. Wir Grünen sagen ja zu einem pragmatischen und ethisch dennoch akzeptablen Weg, wenn es darum geht, die dringend benötigten Organe für schwerkranke Patienten zu erhalten. Wir fordern aber eine frühzeitige und nach genügend Information abgegebene Zustimmung.

Der deutsche Mediziner Professor Linus Geisler hat es bei der Anhörung im Deutschen Bundestag wie folgt begründet: «Hirntote Menschen sind Sterbende, d. h. Lebende. Sie sind keine Leichen, und sie sind auch nicht so gut wie tot. Der Hirntod ist nicht der Tod des Menschen, er kann aber als Entnahmekriterium für Organe gelten, wenn darunter der irreversible Ausfall aller messbaren Hirnfunktionen verstanden wird. Voraussetzung ist die enge Zustimmung. Ob das Sterben eines hirntoten Menschen verlängert werden darf, um Organe zu entnehmen, die das Leiden anderer Menschen lindern oder deren Leben verlängern können, ist eine Entscheidung, die nur persönlich, frei, zu Lebzeiten getroffen werden kann.» Wir Grünen sind überzeugt, dass nur das Vertrauen, dass in der Sterbephase die Würde und das Selbstbestimmungsrecht gewahrt bleiben, langfristig die Akzeptanz der Transplantationsmedizin und die Bereitschaft, Organe zu spenden, sichern kann. Wir werden in der Detailberatung, beim Antrag der Minderheit IIa, noch darauf zurückkommen.

Ein unlösbarer Konflikt der Transplantationsmedizin wird aber bleiben. Er liegt darin, dass sie eine Therapie darstellt, deren Voraussetzung das Sterben eines anderen Menschen – meist eines schwer verunfallten jungen Menschen – ist. Je erfolgreicher die Unfallprävention wird – und das ist zu wün-





schen –, um so weniger Organe werden zur Verfügung stehen. Die Transplantationsmedizin wird deshalb wohl nie aus der Sackgasse der Selektion herauskommen. Eine gerechte Zuteilung von Organen wird kaum zu verwirklichen sein. Grenzen müssen wir also akzeptieren.

Die Übertragung von tierischen Organen auf den Menschen lehnen wir aus ethischen, sozialen und Risikogründen ab. Ich werde dies bei meinem Minderheitsantrag noch begründen. Bisher haben in der Schwelz zu wenige Diskussionen über die gesamte Problematik der Transplantationsmedizin stattgefunden. Für die grüne Fraktion ist die Zeit für einen so weitreichenden Kompetenzartikel noch nicht reif. Wir Grünen unterstützen deshalb grossmehrheitlich den Nichteintretensantrag von Felten. Ohne die Ergänzung durch die Minderheitsanträge Goll und Gonseth können wir weder dem Entwurdes Bundesrates noch dem Antrag der Mehrheit der SGK zustimmen. Zu viele wesentliche Fragen sind in den Texten, aber auch in der Botschaft offen. Beide präsentieren der Bevölkerung «die Katze im Sack».

Es stellt sich zudem die dringende Frage, Frau Bundesrätin Dreifuss, wie Sie für den Schutz der Menschenwürde sorgen wollen, wie der Verfassungsartikel das vorgibt. Gemäss Professor Jörg Paul Müller ist die Menschenwürde der tragende Grundsatz unseres gesamten Grundrechtsschutzes und muss daher nicht explizit erwähnt werden. Zweifel scheinen mir daher berechtigt, dass hier – angesichts der Machbarkeitsträume der modernen Spitzenmedizin – die Erwähnung der Menschenwürde eher einer Art deklamatorischer Beruhigungspille denn einer glaubhaften Versicherung gleichkommt.

Ich bitte Sie deshalb, zunächst einmal dem Nichtelntretensantrag von Felten zuzustimmen.

Heberlein Trix (R, ZH): Der schweizerische Föderalismus in der Gesundheitspolitik und damit auch in der Gesetzgebung über die Transplantationsmedizin, über die Organentnahme oder Zutellung von Organen, hat seine Grenzen erreicht. Wir sind der Meinung, dass wir es nicht länger vertreten können, je nach Kanton unterschledliche Voraussetzungen zur Organentnahme zu haben, nämlich: stillschweigende Akzeptanz oder ausdrückliche Zustimmung zur Entnahme, zur Zuteillung oder zum Umgang mit Transplantaten.

Die Transplantation von Geweben, Örganen und Zeilen ist in der Humanmedizin bereits seit vielen Jahren Praxis. Sie ist eine geläufige Technik geworden und entwickeit sich rasch welter. Die entsprechenden Zahlen können Sie der Botschaft entnehmen.

Wir haben es gehört: In der Schweiz besteht ein Mangel an Spenderorganen, der all denjenigen schmerzlich bewusst ist, die seit Monaten oder Jahren auf ein Organ warten, das ihre Lebenserwartung und ihre Lebensqualität erheblich verbessern kann, und deren Lebensqualität sich mit jedem Monat und jedem Tag verschiechtert. Anfang 1997 standen auf der Warteliste für Spenden 464 Patienten, und die Zahl der Spenden ging erneut auf 88 zurück.

Mit dem zur Diskussion stehenden Verfassungsartikel soll die Kompetenz zum Erlass von Vorschriften auf dem Gebiet der Transplantation von Organen, Geweben und Zellen auf den Bund übergehen; dies nicht zuletzt auf Wunsch der Kantone, die hier für einmal elne einheitliche Regelung befürworten. Erfasst werden sollen dabei nach dem Antrag der Mehrheit und des Bundesrates menschliche und tierische Organe. Eine erste Diskussion über dieses komplexe Gebiet führten wir bereits bei der Behandlung des Bundesbeschlusses über Blut, Blutprodukte und Transplantate.

Dass die ethischen, gesundheitlichen und politischen Fragen der Xenotransplantation rasch einen gesetzlichen Rahmen brauchen, wurde uns im Laufe der Diskussion klar. Wenig hilfreich wäre dagegen ein Verbot oder ein Moratorium bis ins Jahr 2010, wie dies in den Minderheitsanträgen Illa und Illb verlangt wird.

In diesem Rat führten wir bekanntlich die Diskussion über ein Moratorium zur Xenotransplantation bereits in der Herbstsession: anlässlich der Diskussion über die parlamentarische Initiative von Felten, zu weicher Folgegeben mit 94 zu 61 Stimmen abgelehnt wurde.

Die medizinische Entwicklung geht weiter, rascher als die Gesetzgebung und rascher, als dies vielen von uns vielleicht lieb ist. Wir wollen aber einen verantwortungsbewussten Umgang mit dieser Medizin. Wir wollen Entschelde fällen, und wir wollen diesen Entwicklungen einen Rahmen setzen, den wir ethisch und juristisch vertreten können. Dazu brauchen wir eine breite öffentliche Diskussion. Mit Ihrem Nichteintretensantrag verhindern Sie gerade diese öffentliche Diskussion.

Auch wenn die Diskussion über Ethik und Grenzen in der Medizin, über die Notwendigkeit und nicht zuletzt auch über die Kostenfolgen eine schwierige ist, dürfen wir diese Diskussion nicht einfach verweigern und sagen, die Zeit sei noch nicht reif dafür. Wir wollen die notwendigen Grenzen setzen. Wir haben dies bereits einmal im Artikei 24novies der Bundesverfassung gemacht. Wir wollen Missbräuche verhindern, den Handel mit menschlichen Organen unterbinden und die Unentgeltlichkeit der Organspende festschreiben.

Welche Kriterien für eine gerechte Zuteilung gelten sollen – da haben Sie recht –, das ist ethisch-moralisch sicher einfacher zu diskutieren und in Worte zu fassen, als dies juristisch möglich ist. Die Diskussion wurde ja bereits einmal anhand einer Nierentransplantation bzw. der Nichttransplantation im Universitätsspital Zürich geführt. Dass wir mit diesem Verfassungsauftrag an die Grenzen der Gesetzgebung stossen, ist uns auch bewusst.

Heute nehmen reine Fachinstanzen ihre Aufgabe wahr, und eine Kontrolle ist durch eine Meldepflicht gewährleistet. Ich denke aber, wir müssten im Rahmen der Gesetzgebung diese Regelungen detaillierter treffen. Ihre Vision, Frau von Felten, von einem deregulierten Markt der Organe, von staatlicher Organbeschaffung – und diese Organisation gar als Staatsziel zu bezeichnen, so dass Bundespräsident Koller sie heute als eines der Staatsziele hätte erwähnen müssen –, scheint mir doch sehr übertrieben zu sein.

Im Namen der FDP-Fraktion ersuche ich Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem Verfassungsartikel so, wie er von der Mehrheit verabschiedet wurde, und so, wie er hoffentlich vom Bundesrat unterstützt wird, zuzustimmen.

Schenk Simon (V, BE): Nach den Ausführungen von Frau Gonseth weiss ich, dass ich früher als Lehrer meine Schüler etwas Falsches gelehrt habe. Ich habe immer gesagt, «tot» könne man nicht steigern. Heute weiss Ich, dass es doch geht: tot, toter, am totesten.

Bereits anlässlich der Beratungen des Bundesbeschlusses über die Kontrolle von Blut, Blutprodukten und Transplantaten im März 1996 ist die Forderung nach einer Verfassungsbestimmung für die Transplantationsmedizin klar formuliert worden. Ich finde es gut, dass wir bereits heute darüber beraten können. Durch den vorliegenden Verfassungsartikei kann die Transplantationsmedizin sicher nicht abschliessend geregelt werden. Ich denke, dass etwa im Bereich der Todesdefinition und -feststellung, der Xenotransplantation und der Übertragung gentechnisch veränderter Organe weitere Leitplanken auf Gesetzesstufe notwendig sind.

Es wäre jedoch nicht richtig, in der Verfassung bereits unüberwindbare Hindernisse in Form von Verboten und Moratorien einzubauen, wie dies in den Minderheitsanträgen gefordert wird. Mit fragwürdigen Verboten und Moratorien würde ein Forschungsbereich, in dem unser Land einen guten Namen hat, in eine Sackgasse manövriert. Die Angstmacherei, der Mensch werde demnächst zum Tier — oder vielleicht auch umgekehrt —, und das Vermischen der Genschutzdiskussion mit der Diskussion über die Transplantationsmedizin stiften Verwirrung. Natürlich kann für jede verrückte Idee irgendein Gutachten, eine Statistik, ein Kongress oder ein Professor zitiert werden, die die Verrücktheit bestätigen. Ob dies aber immer Im Interesse der Sache geschieht, ist eine andere Frage.

Durch die Minderheitsanträge wird versucht, sämtliche Übertragungen von tierischen Transplantaten auszuschliessen. Das muss verhindert werden. Gemäss aktuellem Stand in Sachen Xenotransplantation ist nicht zu erwarten, dass es in den nächsten Jahren gelingen wird, ganze Tierorgane auf



den Menschen zu übertragen. Im vorliegenden Verfassungsartikei geht es jedoch nicht nur um ganze Organe. Es geht insbesondere auch um Teiltransplantate – wie Sehnen, Knochen, Zellen, Gewebe – und Teilorgane, wie z. B. Herzklappen. Und in diesen Bereichen ist der Entwicklungsstand bereits wesentlich weiter fortgeschritten. Teiltransplantate werden bereits mit gutem Erfolg vom Tier auf den Menschen übertragen.

Ein Verbot oder ein Moratorium, das wir mit den Minderheitsanträgen guthelssen würden, hätte für unsere Forschung, für die Medizin, aber ganz besonders auch für viele kranke Menschen verheerende Folgen.

Der Minderheitsantrag IIa (Goll) ist überflüssig, weil eine Spende immer freiwillig ist. Es ist nicht nötig, diese Freiwilligkeit noch speziell aufzuführen.

Der Nichteintretensantrag ist ein weiterer Versuch eines Bremsmanövers. Frau von Felten hat bei der Begründung ihres Nichteintretensantrages den Eindruck erweckt, dass sie detaillierte Gesetzesbestimmungen abiehnt. Aber in Tat und Wahrheit will sie doch viel weiter gehen. Sie will nämlich einfach alles verbieten.

Es ist sicher so, dass in den Diskussionen über die Transplantation von Organen und Teilorganen die Fragen von Menschenwürde und Ethik eine ganz besondere Rolle spielen. Die Schmerzgrenze in diesen Bereichen liegt längst nicht bei allen Leuten gleich hoch. Ich finde es jedoch nicht richtig, wenn gelegentlich sogar die Phantasiefiguren aus den Filmen Frankensteins zur Angstmacherel missbraucht werden. Es mag sicher eine grosse ethische Herausforderung sein, in der Transplantationsmedizin möglichst enge Grenzen zu setzen, viele Sachen zu verbieten und einzuschränken. Aber aus anderer Sicht ist eine solche Verhinderungspolitik auch äusserst unethisch, weil dadurch die Ärzte in ihrer Arbeit eingeschränkt und viele Menschenleben gefährdet wären.

Es geht hier ganz offensichtlich um ein Geben und ein Nehmen. Auf der einen Seite steht immer ein Mensch, der dringend Hilfe braucht, und auf der anderen Seite kann beim heutigen Stand der Dinge ein gesunder Mensch, ein soeben verstorbener Mensch oder allenfalls ein Tier der Retter sein. Es wäre nicht richtig, wenn wir durch einen zu restriktiven Verfassungsartikel die eine oder andere Gruppe der potentiellen Lebensretter von vornherein ausschliessen würden. In der SVP-Fraktion haben wir uns geschiossen hinter den Antrag der Kommissionsmehrheit und den Entwurf des Bundesrates gestellt. Der vorgeschlagene Verfassungstext

Details sollen auf Gesetzesstufe geregelt werden. Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, den Nichteintretensantrag und sämtliche Minderheitsanträge abzulehnen und die Kommissionsmehrheit und damit den Bundesrat zu unterstützen.

steckt einen vernünftigen Rahmen ab und lässt für unsere

Forschung und die Medizin genügend Spielraum. Weitere

Hochreutener Norbert (C, BE): Die Transplantationsmedizin erhält auch in der Schweiz eine immer grössere Bedeutung, doch die rechtliche Entwicklung konnte mit jener der Medizin nicht mithalten. Wir haben das Jetzt von verschiedenen Votanten gehört.

Der Bund verfügt in der Transplantationsmedizin über keine genügenden Kompetenzgrundlagen, um den gesamten Bereich zu regeln; er kann immer nur Teilbereiche regeln. Die Mehrzahl der Kantone hat zwar entsprechende Gesetze, die aber sehr unterschiedlich sind und auch grosse Lücken enthalten. Einige Kantone haben in dieser Frage nicht einmal legiferiert. Dies führt zu unhaltbaren Verhältnissen. Je nachdem, in welchem Kanton jemand z. B. tödlich verunfallt, kommen ganz andere Gesetze zur Anwendung, und dies in einem der heikelsten Bereiche, die wir kennen.

Wir müssen dieses kantonale «Patchwork» durch eine für dle ganze Schweiz einheitliche Regelung ablösen, und dazu ist der hier zur Diskussion stehende Verfassungsartikel notwendig, ich kann Frau von Felten nicht verstehen, welche mit diesem Artikel einen Zentralismus befürchtet. Natürlich ist eine Bundeslösung immer eine zentralistische Lösung. Aber die Gefahren sind bel einer föderalistischen Lösung, wo jeder

macht, was er will, doch viel grösser. Es braucht jetzt dringend einheitliche Regeln.

Transplantationsmedizin

Die CVP-Fraktion empfiehlt Ihnen deshalb einstimmig, auf diese Vorlage einzutreten.

Dieser Verfassungsartikel ist nicht nur eine biosse Kompetenznorm, sondern er ist für den Bund eine Verpflichtung, in diesem Bereich zu legiferieren. Das helsst, der Bund muss auf dem Gebiet der Transplantation von Organen, Geweben und Zellen Vorschriften erlassen. Der Artikel ist relativ offen formuliert; er enthält aber doch gewisse klare Leitplanken. Die offene Formulierung des Artikels erlaubt es dem Gesetzgeber, der schneil fortschreitenden Entwicklung Rechnung zu tragen.

Diese Bestimmung erfasst nach dem Willen der Kommissionsmehrheit und des Bundesrates nicht nur menschliche, sondern auch tierische Organe, Gewebe und Zellen, also auch die sogenannte Xenotransplantation. Dort zeichnen sich medizinisch ja grosse Entwicklungsschritte ab.

Neben den medizinischen sind für unsere Fraktion aber auch die ethischen Überlegungen zentral. Wir begrüssen deshalb die vorhin angesprochenen Leitplanken, die im zwelten Satz von Absatz 1 des Verfassungsartikels folgen. Der Bund muss so beim Erlass der später folgenden Gesetzgebung für den Schutz der Menschenwürde, der Persönlichkeit und der Gesundheit sorgen. Es geht z. B. um die Achtung der Menschenwürde im Zusammenhang mit der Bestimmung des Todeszeitpunktes – also die Todesdefinition –, aber auch um das Recht auf ein menschenwürdiges Sterben.

Die klare Mehrheit der CVP-Fraktion folgt hier der Mehrheit der SGK und dem Bundesrat.

Eine Minderheit unserer Fraktion schlägt eine andere Formulierung vor. Herr Deiss wird den Minderheitsantrag I nachher begründen. Die Mehrheit der CVP-Fraktion ist gegen diesen Minderheitsantrag, well er Richtung Widerspruchslösung tendiert, d. h. die Organentnahme zu sehr erleichtert, vor allem, well er die Xenotransplantation nicht erfasst.

Weitere zentrale Elemente sind die Unentgeltlichkeit der Organspende und die gerechte Zuteilung von Organen. Die klare Mehrheit der CVP-Fraktion will sie entsprechend dem Antrag der Kommissionsmehrheit in zwei Absätzen regeln, weil sie der Meinung ist, dass es sich um zwei Elemente handelt. Wichtig scheint uns, dass im Verfassungsartikel Aussagen zu diesen beiden Elementen gemacht werden.

Die gerechte Zuteilung von Organen gehört zu den Leitplanken eines solchen Grundgesetzes. Das heisst, der Bund muss darüber legiferieren. Die Zuteilung darf nicht einfach dem freien Markt überlassen werden, sonst werden die finanziellen Möglichkeiten ausschlaggebend, was vom ethischen Standpunkt aus nicht haltbar ist. Das Gesetz muss aus ethischen Gründen für eine rechtsgleiche Behandlung aller Patientinnen und Patienten sorgen. Es muss Kriterien dafür enthalten, z. B. für Grundsätze der Dringlichkeit und Erfolgsaussichten.

Wichtig ist auch der Grundsatz der Unentgeltlichkeit der Spende von menschlichen Organen, Geweben und Zellen. Bei der Organspende soll die Absicht des Helfens im Zentrum stehen, nicht ein kommerzielles Ziel; dies vorab aus ethischen Gründen. Die Mehrheit der CVP-Fraktion will den Grundsatz der Unentgeltlichkeit gemäss dem Antrag der Mehrheit der Kommission verstärken, nämlich mit der ausdrücklichen Statulerung eines Verbotes des Handels mit menschlichen Organen.

Die CVP-Fraktion lehnt alle welteren Minderheitsanträge klar ab, welche unter anderem die Freiwilligkeit der Spende und ein Moratorium bis ins Jahre 2010 für die Xenotransplantation beinhalten. Die CVP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Freiwilligkeit im Wort «Spende» genügend zum Ausdruck kommt. Das Wort «Spende» impliziert die Freiwilligkeit. Ein Moratorium für die Xenotransplantation würde faktisch die Forschung auf diesem Gebiet verhindern.

Ich bitte Sie, auf das Geschäft einzutreten und in allen Punkten der Kommissionsmehrheit zu folgen.

Meier Samuel (U, AG): Die Organtransplantation gehört zweifellos zu den wichtigsten medizinischen Fortschritten



dieses ausgehenden Jahrhunderts. Sie hat die Behandlung gewisser Krankheiten revolutioniert, von denen man noch bis vor wenigen Jahren glaubte, dass sie sehr schnell tödlich verlaufen. Bezogen auf unsere Schweiz müssen wir feststellen, dass die Transplantationsmedizin, auch aus internationaler Sicht gesehen, ein sehr hohes Niveau aufweist und dass die sechs Transplantationszentren sehr erfolgreich arbeiten. Auch das darf an dieser Stelle wieder einmal gesagt werden.

Demgegenüber müssen wir feststellen, dass die rechtlichen Voraussetzungen für die Transplantationsmedizin in der Schweiz auf Bundesebene nicht geregelt sind, dies im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern. Diese Lücke bzw. die uneinheitliche gesetzliche Regelung auf dem an Bedeutung zunehmenden Gebiet der Transplantationsmedizin ist sehr unbefriedigend. Auch wenn der Bund bereits heute in Teilbereichen über verfassungsmässige Kompetenzen verfügt, um den Bereich der Transplantationsmedizin zu regeln. erscheint es dennoch sinnvoll, Kompetenzlücken zu schliessen. Die neue Verfassungsgrundlage wird eine umfassende Regelung des Umgangs mit Transplantaten in der Schweiz ermöglichen. Es gibt ja Kantone - Sie wissen es -, die keine gesetzliche Regelung kennen. Es gibt viele Kantone, welche die sogenannte Widerspruchsregelung haben, und es gibt einige, welche die sogenannte Zustimmungsregelung haben. Es gilt nun, mit diesem vorliegenden Verfassungsartikel diese Uneinheitlichkeit mit einer entsprechenden Gesetzgebung zu eliminieren.

Wir stehen aber auch vor der erschütternden Tatsache, dass nicht genügend lebensnotwendige Organverpflanzungen vorgenommen werden können, weil einfach zuwenig Spender vorhanden sind. Patienten müssen sterben, die mit einer Transplantation hätten gerettet werden können. Patienten, denen man mit einer Organtransplantation eine erhebliche Lebensqualität hätte zurückgeben können, haben unter den Widerlichkelten ihrer Krankheit zu leiden. Ich bin vollends überzeugt, dass eine klare Gesetzgebung, eine klare Bundesregelung, hier Abhilfe zu schaffen vermag.

Ich denke, dass wir uns beim Verfassungsartikel relativ rasch einig werden; ich hoffe das. Hingegen wird es ganz sicher bei der Schaffung des Transplantationsgesetzes schon sehr viel schwieriger sein, sämtliche Anliegen unter einen Hut zu bringen sowie allen Befürchtungen, die auch heute noch in der Bevölkerung bestehen, Rechnung zu tragen.

Von einem neuen Verfassungsartikel über die Transplantationsmedizin erwartet unsere Fraktion insbesondere zwei Dinge:

- Der Verfassungsartikel muss auch für den medizinischen Laien verständlich formuliert sein.
- Er muss sowohl dem potentiellen Spender als auch dem potentiellen Empfänger in hohem Masse Sicherheit verleihen.

Ich meine damit, dass es enorm wichtig ist, schon im Verfassungsartikel die Kriterien der Freiwilligkeit und der Unentgeltlichkeit, aber auch die Kriterien der gerechten Zuteilung von Organen und des verbotenen Handels zu verankern. Das scheint mir ganz wichtig zu sein. Nur unter diesen Voraussetzungen wird uns der Stimmbürger folgen können, und nur unter diesen Voraussetzungen wird der Stimmbürger diesen Verfassungsartikel annehmen.

Meine Fraktion ist auch der Auffassung, dass mit der Detailregelung in der Frage der Xenotransplantation noch zugewartet werden muss. Keineswegs aber soll ein Moratorium in die Bundesverfassung aufgenommen werden. Die Xenotransplantation soll in der nachfolgenden Gesetzesregelung enthalten sein. Wissenschaft und Forschung sind auf dem Gebiet der Xenotransplantation an der Arbeit; ich bin überzeugt, dass in einigen Jahren konkrete Ergebnisse, aber ganz sicher auch konkrete Erfolge vorliegen werden.

Als Mediziner, Frau von Felten, habe ich gewisse Sympathien für den Nichteintretensantrag, den Sie gestellt haben; ich persönlich könnte an und für sich damit leben. Hingegen muss ich Ihnen sagen, dass ich als Staatsbürger diesen Antrag nicht unterstützen kann. Es wundert mich – wieder aus der Sicht des Staatsbürgers –, dass dieser Antrag, Frau von

Felten, von Ihrer Selte kommt und dass Sle einem gewissen Wildwuchs in dieser Thematik Vorschub leisten möchten. Ich bin überzeugt, dass der neue Verfassungsartikel dazu beitragen kann, die Diskussion in der Bevölkerung über Or-

beitragen kann, die Diskussion in der Bevölkerung über Organtransplantationen zu intensivieren, den Wissensstand bei der Bevölkerung erheblich zu erhöhen, aber auch viele neue Spender zu gewinnen. Dadurch kann vielen Patienten geholfen werden.

Meine Fraktion ist für Eintreten auf den Beschlussentwurf und stimmt mit der Mehrheit der Kommission. Im übrigen unterstützt sie auch den Antrag der Minderheit lib der vorberatenden Kommission.

Präsident: Die Fraktion der Freiheits-Partei lässt mitteilen, dass sie für Eintreten stimmen und dann den Anträgen der Kommissionsmehrheit zustimmen wird.

Eymann Christoph (L, BS): Die liberale Fraktion ist sich darüber einig, dass es auf Bundesebene in diesem wichtigen Bereich Vorschriften braucht, klare Vorschriften, welche die Spende und den Empfang der Organe regeln. Die entsprechende Verfassungsvorlage des Bundesrates ist von der Kommissionsmehrheit nur geringfügig umgruppiert und geändert worden. Daraus kann man schliessen, dass an alles gedacht wurde.

Für die Liberalen sind folgende Elemente wichtig: der Schutz der Menschenwürde – hier teilen wir die Ansicht nicht, die vorhin geäussert worden ist, dass diese Expressis-verbis-Aufnahme des Schutzes der Menschenwürde überflüssig sei. Wir sind auch der Meinung, dass unsere Verfassung, unsere Geseilschaft sehr stark von diesem Schutz der Menschenwürde geprägt sind. Deshalb aber auf die Aufnahme dieses wichtigen Bereiches, der sehr stark die ethischen Bereiche umfassen wird, zu verzichten wäre eine nach Ansicht der Liberalen falsche Unterlassung.

Weitere wichtige Anliegen sind: der Schutz der Persönlichkeit, der Schutz der Gesundheit, das Verbot des Handels – das ist eine ganz klare Aussage in dieser Verfassungsbestimmung –, die Unentgeltlichkeit und die gerechte Zutellung von Organen. Alle diese Kriterien unterstützen wir sehr.

Wir werden uns bei der Beratung wahrscheinlich schwer tun, einen gemeinsamen Nenner zu finden. Diese Diskussion muss stattfinden, und sie wird stattfinden, aber es wäre falsch, sie heute zu führen. Es geht jetzt darum, dieses weite Feld, das gesetzlich klar geregelt werden muss, etwas abzustecken. Der höhere Detaillierungsgrad, der zum Teil heute schon in Minderheitsanträgen angestrebt wird, ist nicht in der Verfassung anzustreben.

Wir sind gegen die Aufnahme eines Moratoriums für Xenotransplantationen in der Verfassung. Die Wissenschaft würde zu genereil, zu absolut und zu tief eingeschränkt werden. Wir müssen uns auch im klaren darüber sein, dass sich die Wissenschaft durch die Politik nicht «entschleunigen» lässt. Wir haben mit dieser Verfassungsvorlage eine grosse Verantwortung; das weite Feld wird eine detaillierte Regelung brauchen.

Wir möchten Sie bitten, den Anträgen der Mehrheit zuzustimmen und nicht schon den heutigen Tag dazu zu benützen, in die Details zu gehen. Bei der Gesetzesberatung wird sich dazu Gelegenheit bieten.

Widmer Hans (S, LU): Ich habe eine Frage zu Ihrem Satz, die Wissenschaft lasse sich durch die Politik nicht «entschleunigen»: In welchem Verhältnis sehen Sie Politik und Wissenschaft? Gibt es nicht Situationen, in denen man sagen muss, die Politik habe die Wissenschaft innerhalb des Rahmens der Forschungsfreiheit in die Schranken zu weisen?

Eymann Christoph (L, BS): Ich telle Ihre Ansicht, dass es diese Fragen gibt. Ich bin aber der Meinung, dass das nicht auf Verfassungsstufe geregelt werden soll, sondern in einem Gesetz, welches sehr viel präziser Sinn und Unsinn, Hauptzweck und Nebenwirkungen unterscheiden kann.

Dann möchte ich noch generell etwas zu diesem Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, das sehr interessant ist,



sagen – etwas salopp ausgedrückt –: Wenn Sie Galileo Galilei verboten hätten, auf den Turm von Pisa zu steigen, hätte er seine Experimente über die Schwerkraft gleichwohl durchgeführt.

Goll Christine (S, ZH): Mit der Diskussion um die Transplantationsmedizin bewegen wir uns auf einem äusserst schwierigen Gebiet: Wir haben auf der einen Seite den Glauben an die Machbarkeit in der Medizin, zu dieser Seite gehört auch die Zunahme von Transplantationen in den letzten Jahren. Wir bewegen uns hier auf der anderen Seite in einem ungeregelten rechtlichen Umfeld, in einem Graubereich, der auch zu einem Spiel ohne Grenzen geführt hat.

Im Vordergrund steht zweifelsohne eine ethische Frage, nämlich die Frage: Hat die Medizin, hat die Wissenschaft, haben Fachleute tatsächlich eine Grenze erkannt, nämlich die Grenze zwischen Leben und Tod? Wir befinden uns auch in dieser Diskussion auf einer Gratwanderung zwischen dem Bereich der Hoffnung für Kranke einerseits und dem Gefahrenbereich einer Ersatzteilmedizin andererseits. Wir befinden uns auf der Gratwanderung zwischen der Dankbarkeit für Spender und Spenderinnen einerseits, den Gefahren einer wachsenden Konsumhaltung von Bevölkerungskreisen gerade auch im Bereich der Medizin andererseits.

Kiar ist: Je höher die Kapazitäten der Transplantationszentren, je vielversprechender oder erfolgversprechender – was immer Erfolg dann noch heisst – die Möglichkeiten dieser Transplantationszentren sind, desto länger werden auch die Wartelisten derjenigen, die auf Organspenden warten. Damit öffnet sich aber auch die Schere zwischen Angebot und Nachfrage.

Was uns wichtig ist: Wir möchten eine breite öffentliche Diskussion in diesem sensiblen Bereich der Transplantationsmedizin. Wir gehen auch davon aus, dass der Verfassungsartikel eine Basis für diese breite Diskussion sein könnte. Allerdings muss dieser Verfassungsartikel so ausgestaltet sein, dass er heute Antworten auf die Unsicherheiten in der Bevölkerung geben kann.

Die Notwendigkeit einer Verfassungsbestimmung zur Transplantationsmedizin ist nicht ganz unbestritten, wie wir auch von Expertenseite in der Kommission gehört haben. Es gibt schon verschiedene Regelungen, auch in kantonalen Gesetzen und im Bundesbeschluss über die Kontrolle von Blut, Blutprodukten und Transplantaten. Trotzdem: Die SP-Fraktion hat sich in der Kommission dem Eintreten auf diese Verfassungsbestimmung nicht widersetzt. Allerdings ist uns die Formulierung des Verfassungsartikels des Bundesrates doch etwas zu schlank geraten.

Ich möchte unsere drei wichtigsten Punkte kurz in den Vordergrund stellen:

Ein erster Punkt, der für uns von Bedeutung ist und für den wir uns in diesem Haus schon verschiedentlich stark gemacht haben, ist die Frage der Xenotransplantation, die vor allem in den Minderheitsanträgen IIIa und IIIb aufgegriffen worden ist.

Ein zweiter Punkt ist die Frage der Freiwilligkeit von Organspenden, wie sie in Artikel 24decies Absatz 2 bzw. Absatz 3 zum Ausdruck kommt.

Ein dritter wichtiger Punkt ist für uns das explizite Verbot des Handels mit Organen.

Wir werden in der Detailberatung näher auf diese drei Schwerpunkte eingehen; trotzdem möchte ich sie hier ganz kurz ansprechen.

Ich beginne «hinten», bei Absatz 3, beim Festschreiben des Verbots des Handels mit menschlichen Organen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass dieses Anliegen auch Gegenstand einer Motion von Ständerat Onken war, die sowohl im Ständerat als auch in unserem Rat überwiesen wurde. Die SP-Fraktion unterstützt den Entscheid der Mehrheit der SGK, die in Absatz 3 explizit einen zusätzlichen Satz eingefügt hat: «Der Handel mit menschlichen Organen ist verboten.» Allerdings möchten wir in diesem Absatz 3 nebst der Unentgeltlichkeit der Spende auch die Freiwilligkelt verankert wissen. Zum zweiten Schwerpunkt, zur Frage der Freiwilligkeit: Es wird in diesem Saal wohl kaum umstritten sein, dass die Men-

schenwürde zu wahren ist. Es ist aber ebenso wichtig, dass das Selbstbestimmungsrecht – und zwar sowohl bezüglich Spenden als auch bezüglich des Empfangs von Spenden – gewährleistet sein muss.

Wir haben heute in der Praxis verschiedene Modelle, die dieses Selbstbestimmungsrecht jedoch nicht in allen Fällen tatsächlich garantieren. Das zeigt ein Fall aus dem Kanton Zürich, der kürzlich für Schlagzeilen gesorgt und im Endeffekt auch dazu geführt hat, dass die Bevölkerung des Kantons Zürich erstmals öffentlich darüber informiert wurde, dass wir im Kanton Zürich ein sogenanntes Widerspruchsmodell haben. Deshalb sind wir dafür, dass der Grundsatz der Freiwilligkeit als Prinzip bereits in diesem Verfassungsartikel festgeschrieben wird.

Der dritte Schwerpunkt, die Frage der Xenotransplantation bzw. der Übertragung von tierischen Organen auf den Menschen, war bereits zweimal Gegenstand von Debatten im Nationalrat: ein erstes Mal ausgelöst durch eine Motion einer Minderheit der WBK im Rahmen der Gen-Schutz-Initiative, ein zweites Mal ausgelöst durch eine parlamentarische Initiative von Felten. Ich möchte allerdings betonen, dass in beiden Fällen zur Frage der Xenotransplantation in diesem Rat keine ausführliche Diskussion stattgefunden hat.

Wir möchten uns Im Bereich der Xenotransplantation nicht länger auf gesetzliche Regelungen vertrösten lassen. Wir möchten, dass diese Frage bereits Gegenstand der Diskussion um den Verfassungsartikel ist.

Wir unterstützen die Minderheit IIIb, weil sich die Erkenntnisse verdichtet haben, dass bei der Übertragung von Tierorganen auf den Menschen das Risiko der Übertragung von Krankheitserregern mitenthalten ist.

Wir bitten Sie, den Minderheitsantrag I abzulehnen. Er beschränkt sich zwar auf die Transplantation von menschlichen Organen. Sie sehen aber auf der Fahne, dass dieser Antrag mit der Streichung der Absätze 2 und 3 von Artikel 24decies verbunden ist, d. h., im Minderheitsantrag I fehlt die Frage einer gerechten Zuteilung von Organen, fehlt die Frage eines expliziten Verbots des Handels. Zudem richtet sich der Minderheitsantrag I auch gegen die Verankerung des Prinzips der Freiwilligkeit und will auf keinen Fall ein Moratorium im Bereich der Übertragung von tlerischen Organen auf den Menschen.

Zusammenfassend: Es geht uns beim Verfassungsartikel nicht um die Frage der schlanken Formulierung, sondern er muss auf die drängenden Fragen und Probleme der Bevölkerung eine Antwort geben. Wir werden uns für diese drei Schwerpunkte im Laufe der Detailberatung einsetzen.

Ich bitte Sie im Namen der SP-Fraktion, den Antrag der Minderheit I abzulehnen und die Anträge der Minderheiten IIb und IIIb zu unterstützen.

Dreifuss Ruth, consellière fédérale: Beaucoup de choses ont déjà été dites, et ce débat a certainement permis de faire avancer les connaissances que nous avons de l'état de la législation, de ses lacunes, et des besoins que nous avons d'agir dans ce domaine.

En effet, contrairement à la plupart des autres Etats européens, la Suisse ne dispose pas de base légale au niveau national, qui régisse le don, le prélèvement et la greffe d'organes, de tissus et de cellules: ces objets sont régis par des règles et des principes généraux, des législations cantonales, des directives et des recommandations émanant de milieux privés. L'arrêté fédéral du 22 mars 1996 sur le contrôle du sang, des produits sanguins et des transplants, qui est entré en vigueur au 1er août 1996, régit la protection contre les infections liées à la transplantation et le commerce des transplants. Au niveau des cantons, nous l'avons entendu, vingt d'entre eux possèdent actuellement une législation sur la médecine de la transplantation, mais ces législations sont souvent rudimentaires, et elles sont disparates. Cette absence d'uniformité se manifeste, par exemple, lorsque l'on envisage la question du prélèvement d'organes sur des personnes décédées - douze cantons ont adopté la solution dite d'opposition, c'est-à-dire du consentement présumé; quatre, celle d'information; quatre, celle du consentement élargi. Et au ni-



veau des directives du secteur privé, il y a lleu de mentionner les travaux effectués par l'Académie suisse des sciences médicales (ASSM) dans le domaine de la transplantation d'organes. Mais aussi importantes soient-elles, les recommandations de l'ASSM ne sont pas contraignantes.

Nous avons donc constaté, contrairement à l'intervention de Mme von Felten, qu'il y avait lacune. Le Parlement a exigé d'ailleurs par deux motions transmises au Conseil fédéral une réglementation fédérale en matière de médecine de transplantation — la motion Onken sur l'interdiction du commerce d'organes d'origine humaine (93.3573), et la motion Huber sur la création des dispositions constitutionnelles et législatives nécessaires pour régler les multiples problèmes junidiques et d'organisation liés à la médecine de la transplantation (94.3052). De plus — et je crois que cela vaut vraiment la peine d'être souligné et répété —, c'est la Conférence des directeurs cantonaux des affaires sanitaires qui est intervenue auprès du Conseil fédéral pour qu'il élabore une législation fédérale sur la médecine de transplantation.

Quelles sont exactement ces lacunes? Je crois que Mme von Feiten, qui les a mises en doute, a droit à une réponse très claire. Blen sûr, nous avons un certain nombre de compétences partielles — dans la Constitution fédérale, l'article 64 sur le droit civil, l'article 64bis sur le droit pénal, l'article 69 sur la lutte contre les maladles transmissibles, les maladles très répandues et les maladles particulièrement dangereuses. Mais nous n'avons pas de compétence au niveau de l'organisation de la transplantation, de l'attribution des organes et de la médecine de la transplantation pratiquée à titre non lucratif et dans des établissements publics. C'est la raison pour la quelle nous sommes arrivés à la claire conclusion qu'il nous fallait créer une base constitutionnelle pour établir une réglementation étendue en la matière.

Je tiens à remercier ici les membres de votre commission et les parlementaires qui sont intervenus tout à l'heure à la tribune pour l'appui qu'ils apportent à ce projet. J'aimerais féliciter la commission pour la qualité de son travail, pour les améliorations qu'elle a apportées au texte proposé par le Conseil fédérai. Par là, je tiens à me railier à la majorité de la commission: le projet du Conseil fédérai n'est plus matière à discussion. Ce que je vous propose, ce que je vous demande, c'est d'entrer en matière sur la proposition de la majorité de la commission. Elle contient, en effet, tous les principes qui, aux yeux du Conseil fédéral, sont indispensables.

Le nouvel article 24decies doit attribuer à la Confédération la compétence d'édicter des prescriptions dans le domaine de la transplantation d'organes, de tissus et de cellules. Ce faisant, elle doit veiller à protéger la dignité de l'être humain, la personnalité et la santé. Vous aurez compris que le premier élément, c'est-à-dire cette compétence étendue de la Confédération, correspond à un besoin réel et constaté par l'ensemble des partenaires dans ce domaine. En particulier, la question du consentement du donneur à un prélèvement d'organes ou de la définition du moment du décès doit faire l'objet d'une décision de nature politique, parce qu'elle doit exprimer non seulement l'avis des médecins qui ont un rôle important à jouer sur le plan des principes éthiques, mais aussi refléter un avis de l'ensemble de la population.

La notion de la dignité humaine est une question centrale dans le domaine de la médecine de transplantation et, contrairement à Mme Gonseth, je suis persuadée que s'il y a un lieu où ce principe peut et doit être répété dans un article précis de la Constitution fédérale, c'est blen là. Il s'agit de garantir le respect de la dignité humaine lors du prélèvement d'organes sur une personne décédée. Il s'agit aussi de dignité humaine lorsqu'on parle de respect du droit à une mort digne lors du diagnostic du décès.

La protection de la personnalité revêt également une importance particulière. Parmi les éléments de la protection de la personnalité à préserver dans le contexte précis de la médecine de transplantation, il y a la vie, l'intégrité physique et morale, par exemple lors du prélèvement sur une personne vivante, et l'autodétermination qui revêt une importance primordiale. En ce qui concerne la protection de la santé, elle concerne bien sûr en premier lieu le receveur qui doit être mis à l'abri d'une contamination par des agents pathogènes – pensons au VIH, pensons au virus de l'hépatite B ou C. Il s'agit aussi, et cela me paraît important, de protéger le donneur et de veiller à ce que les transplantations se fassent dans le respect des deux.

Les deux mandats que l'alinéa 2 entend donner à la Confédération sur le plan législatif sont de veiller à ce que les organes solent attribués de manière équitable et à prévoir la gratuité du don. Devant la pénurie permanente d'organes d'origine humaine, une réglementation assurant leur répartition équitable prend un relief tout particulier.

La pratique actuelle en matière d'attribution d'organes présente l'inconvénient d'être tributaire de la bonne volonté des acteurs à respecter les règles de la profession. Une réglementation ayant force contraignante est nécessaire à l'avenir, et il appartiendra au législateur de garantir l'égalité de traitement à tous les patients. Les organes disponibles doivent être attribués exclusivement en fonction de critères objectifs, notamment les chances de succès et l'urgence, qui sont des critères essentiels. Il y a lieu de relever que l'article constitutionnel ne donne pas à la Confédération le mandat de fournir des organes: les patients inscrits sur la liste d'attrent n'ont pas droit à un organe, mais ils ont le droit intangible d'être traités à égalité quant à l'attribution des organes disponibles.

La majorité de la commission propose un alinéa 3 qui met en évidence le principe de la gratuité du don. Il est clair qu'il revêt une importance primordiale en matière de don d'organes, de tissus et de cellules. Du point de vue médical, le principe de la gratuité se justifie, parce qu'il permet d'écarter plus facilement de la transplantation les organes qui ne satisfont pas aux exigences de qualité. Votre commission propose de compléter le principe de la gratuité du don par une interdiction de faire le commerce des organes humains. Le Conseil fédéral est tout à fait d'accord avec cette précision qui a déjà inspiré son travail législatif dans l'arrêté sur le contrôle du sang, des produits sanguins et des transplants.

En ce qui concerne les propositions subsidiaires de minorité (IIa, al. 2; IIb, al. 3) d'introduire la liberté du don: le Conseil fédéral, qui est absolument animé par la certitude qu'un don ne peut être que libre, volt malgré tout un certain nombre de difficultés d'interprétation et de formulation dans ces propositions, qui lui font préférer leur rejet. La grave question de savoir sous quelle forme cette liberté s'exprime, sous quelle forme on contrôle la volonté, le libre arbitre de la personne qui donne ses organes, avant, mais surtout après son décès, sera l'objet de la législation; et, sur ce plan, la discussion doit encore être approfondie. Je sais gré aux minorités IIa et IIb de ne pas avoir voulu formuler précisément dans l'article constitutionnel la disposition prévoyant un contrôle du libre choix. Nous considérons, pour notre part, que le souci de la liberté de ce choix est suffisamment couvert par le terme «don».

C'est la raison pour laquelle nous vous recommandons de rejeter les propositions subsidiaires des minorités IIa et IIb.

Pour la commission, la question de la xénotransplantation a été sans doute une des plus difficiles, et elle a donné lieu aux discussions les plus sérieuses et les plus approfondies, et en partie les plus délicates. J'aimerals rappeler ici que l'article constitutionnel s'applique aux organes, tissus et cellules d'origine humaine, ainsi qu'à ceux d'origine animale. La Confédération serait donc habilitée à régler la xénotransplantation, c'est-à-dire aussi la greffe d'organes d'origine animale sur l'homme. Le fait que les organes, les tissus, les cellules d'origine animale solent intrinsèquement inclus dans la disposition constitutionnelle n'est en aucune façon préjudiciable à la future réglementation d'application.

Le fait de prévoir la possibilité de légiférer dans ce domaine n'implique en aucun cas un préjugé de principe, favorable, ni d'ailleurs un préjugé défavorable, à l'égard de la xénotransplantation. Tout le monde s'accorde à considérer que la xénotransplantation pose de nombreux problèmes d'ordre éthique, médical, sanitaire, dont il y aura lieu de débattre et qu'il faudra résoudre.

Si nous nous opposons à la proposition de la minorité IIIb (Gonseth), c'est parce que nous considérons que ce n'est pas à la constitution d'introduire dans ce domaine un moratoire. Mais le 10 octobre de cette année, le Conseil national a accepté une motion demandant au Conseil fédéral de réglementer la xénotransplantation et de la soumettre provisoirement à autorisation (97.3251). De plus, le Conseil fédéral reconnaît que les risques d'infection liés aux xénotransplants doivent encore être étudiés sur la base des dernières publications scientifiques avant que des essais cliniques ne puissent être effectués chez l'homme. Il est donc prêt à accepter cette motion. Il est même prêt à anticiper cette demande puisque nous espérons pouvoir, dès le début de l'année prochaine, soumettre au Parlement une solution transitoire qui consisterait en une modification de l'arrêté fédéral sur le contrôle du sang, des produits sanguins et des transplants, et que cela nous permettra de régler à ce moment-là les conditions dans lesquelles la xénotransplantation peut avoir lieu ou, au contraire, être interdite. Je me réjouis déjà de ce débat qui nous permettra d'assurer à la fois la protection de la population, d'agir avec précaution, mais de ne pas bioquer dans ce domaine des recherches qui pourraient s'avérer prometteuses.

N

Le Conseil fédéral s'oppose, après mûre réflexion, à la proposition de la minorité I (Deiss), étant persuadé qu'il convient de poser sur la table les différents éléments des choix à faire en relation avec la médecine de transplantation, et de nous donner aussi des indications pour la législation future.

Enfin, je voudrais dire simplement en conclusion à quel point le Conseil fédéral accorde de l'importance à ce projet. D'abord, parce que le domaine de la médecine de la transplantation soulève des questions éthiques fondamentales: quand une personne est-elle morte? quelles exigences doivent être posées en matière de consentement? sous quelles conditions les xénotransplantations dolvent-elles être éventuellement autorisées? Ces questions doivent être discutées à tous les niveaux de notre population et réglées de manière unanime. Il est important de créer dans ce domaine une sécurité juridique. La dispanté des législations cantonales, voire leur absence, font que cette sécurité juridique n'est pas garantie actuellement. Mais une telle sécurité, il est vrai, est également une des motivations de ce débat dans la population que nous désirons créer, à travers la votation populaire de l'article constitutionnel. C'est que nous souhaitons effectivement lever les réticences de la population et les craintes que lui inspire la médecine de transplantation, et permettre d'encourager le don d'organes. Mais cela sur la base d'un débat clair, appuyé sur notre volonté permanente dans d'autres domaines aussi de développer le dialogue entre la science, la médecine et la population, de façon à ce que le chemin éthique puisse être tracé par nous tous ensemble.

européenne et internationale. Or, seule la Confédération peut garantir une législation exhaustive, uniforme, tenant compte de la dimension internationale. L'adoption d'un article constitutionnel permettant de régler la médecine de la transplantation constituera un premier pas dans cette direction. Je vous invite donc à entrer en matière sur les propositions de la majorité de la commission. Nous espérons que le Parlement nous suivra dans notre volonté d'aller rapidement de l'avant. Si tel est le cas, la votation populaire pourrait avoir lieu à la fin de l'année prochaine. Sachez que l'Office fédéral de la santé publique a déjà entrepris les travaux en vue de l'élaboration de la loi sur la médecine de la transplantation. Il fera en sorte qu'un projet puisse être mis en consultation immédiatement après la votation populaire sur l'article constitutionnel. Mais y a-t-il plus belle opération de consultation qu'un vote sur un article constitutionnel qui nous permettra effectivement d'entendre la population sur ses craintes, sur ses espoirs et sur les garde-fous qu'elle souhaite mettre à cette médecine de la transplantation? Le débat national que beaucoup d'entre vous ont appelé de leurs voeux pourra avoir lieu sur la base du projet d'article constitutionnel.

La transplantation revêt aussi une importance nationale,

Je vous remercie d'entrer en matière.

Abstimmung - Vote Für den Antrag der Kommission (Eintreten) Für den Antrag von Felten (Nichteintreten)

126 Stimmen

18 Stimmen

Bundesbeschluss betreffend eine Verfassungsbestimmung über die Transplantationsmedizin

Arrêté fédéral concernant un article constitutionnel sur la médecine de la transplantation

Detailberatung - Examen de détail

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung Antraa der Kommission Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen - Adopté

Art. 24decies

Antrag der Kommission Abs. 1

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit I

(Deiss, Gross Jost, Suter)

Der Bund erlässt, unter Wahrung der Menschenwürde, Vorschriften auf dem Gebiet der Entnahme, Verwendung, Zuteilung und Transplantation von menschlichen Organen, Geweben und Zellen. Er sorgt dabei für den Schutz der Persönlichkelt und Gesundhelt.

Abs. 2

Mehrheit

Er sorgt insbesondere für eine gerechte Zuteilung von Orga-

Minderheit i

(Deiss, Gross Jost, Suter)

Streichen

Minderheit i la

(Goll, de Dardel, Gonseth, Gross Jost, Hafner Ursula, Rechsteiner Paul, von Felten)

(falls der Entwurf des Bundesrates angenommen wird) Er sieht insbesondere die Unentgeltlichkeit als auch die Freiwilligkeit der Spende vor und sorgt

Abs. 3 (neu)

Die Spende von menschlichen Organen, Geweben und Zellen ist unentgeltlich. Der Handel mit menschlichen Organen ist verboten.

Minderheit i

(Deiss, Gross Jost, Suter)

Ablehnung des Antrages der Mehrheit

Minderheit lib

(Goll, de Dardel, Gonseth, Gross Jost, Hafner Ursula, Rechsteiner Paul, von Felten)

(falls der Antrag der Mehrheit angenommen wird)

Die Spende von menschlichen Organen, Geweben und Zellen ist freiwillig und unentgeltlich. Der Handel mit menschlichen Organen ist verboten.



Minderhelt IIIa

(Gonseth, de Dardel, Dormann, Goll, Gross Jost, Hafner Ursula, Jeanprêtre, Rechsteiner Paul, von Felten) (falls der Entwurf des Bundesrates angenommen wird) Bis ins Jahr 2010 besteht ein Moratorium für die Übertragung von tierischen Organen auf den Menschen.

Abs. 4 (neu) Mehrhelt

Ablehnung des Antrages der Minderheit

Minderheit IIIb

(Gonseth, de Dardel, Dormann, Goll, Gross Jost, Hafner Ursula, Jeanprêtre, Rechsteiner Paul, von Felten) (falls der Antrag der Mehrheit angenommen wird) Bis ins Jahr 2010 besteht ein Moratorium für die Übertragung von tierischen Organen auf den Menschen.

Antrag Gross Jost Abs. 1 Zustimmung zum Antrag der Minderheit I Abs. 2, 3 Zustimmung zum Antrag der Minderheit II

Art. 24decies

Proposition de la commission Al. 1 Majorité Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité I

(Deiss, Gross Jost, Suter)

La Confédération édicte en préservant la dignité humaine, des prescriptions dans le domaine du prélèvement, de l'utilisation, de l'attribution et de la transplantation d'organes, de tissus et de cellules humaines. Elle veille à assurer la protection de la personnalité et de la santé.

Al. 2 Majorité

Elle veille à ce que les organes soient attribués de manière équitable.

Minorité I (Deiss, Gross Jost, Suter) Biffer

Minorité Ila

(Goll, de Dardel, Gonseth, Gross Jost, Hafner Ursula, Rechsteiner Paul, von Felten)

(au cas où le projet du Conseil fédéral est adopté) Elle prévoit en particulier la gratuité et la liberté du don et veille

Al. 3 (nouveau) Majorité

Le don d'organes, de tissus et de cellules humaines est gratuit. Le commerce d'organes humains est interdit.

Minorité I (Deiss, Gross Jost, Suter) Rejeter la proposition de la majorité

Minorité IIb

(Goll, de Dardel, Gonseth, Gross Jost, Hafner Ursula, Rechsteiner Paul, von Felten)

(au cas où la proposition de la majorité est adoptée) Le don d'organes, de tissus et de cellules humaines est libre et gratuit. Le commerce d'organes humains est interdit.

Minorité IIIa

(Gonseth, de Dardel, Dormann, Goll, Gross Jost, Hafner Ursula, Jeanprêtre, Rechsteiner Paul, von Felten) (au cas où le projet du Conseil fédéral est adopté) Jusqu'en 2010, un moratoire relatif à la transplantation d'organes d'animaux sur les êtres humains sera appliqué.

Al. 4 (nouveau) Majorité

Rejeter la proposition de la minorité

MinorIté IIIb

(Gonseth, de Dardel, Dormann, Goll, Gross Jost, Hafner Ursula, Jeanprêtre, Rechsteiner Paul, von Felten) (au cas où la proposition de la majorité est adoptée) Jusqu'en 2010, un moratoire relatif à la transplantation d'organes d'animaux sur les êtres humains sera appliqué.

Proposition Gross Jost

Al. 1

Adhérer à la proposition de la minorité I

Al. 2, 3

Adhérer à la proposition de la minorité II

Präsident: Frau Bundesrätlin Dreifuss hält am bundesrätlichen Entwurf nicht mehr fest und schliesst sich dem Antrag der Mehrheit an.

Deiss Joseph (C, FR), porte-parole de la minorité: Au nom de la minorité !, je vous recommande de ne pas légiférer au-delà du nécessaire et de respecter, dans la formulation, la hiérarchie des valeurs.

Ne pas légiférer au-delà du nécessaire signifie se limiter aux prélèvements, à l'utilisation, à l'attribution et à la transplantation d'organes, de tissus et de cellules humaines Une délégation de compétence est nécessaire dans ce domaine, et nous sommes prêts à l'accorder en vue de parvenir à une pratique harmonisée sur le plan national.

Ne pas légiférer au-delà du nécessaire signifie ne pas régler au niveau constitutionnel les questions qui seront du domaine de la loi. Celle-ci est en préparation, mais les travaux sont insuffisamment avancés pour que nous prenions les décisions sur le fond. Il en va ainsi du choix entre les principes du consentement explicite ou du consentement présumé, mais aussi des modalités liées à ces activités de transplantation. Le domaine est dans une telle évolution que toute ardeur législative non appropriée peut fermer subitement et de manière non prévue, et non désirée surtout, des portes ou des progrès.

Ne pas légiférer au-delà du nécessaire signifie aussi ne pas s'occuper de questions pour lesquelles les bases constitutionnelles actuelles sont suffisantes. Il en va ainsi des xénotransplantations. En commission, Mme Dreifuss, conseillère fédérale, nous a dit textuellement: «Nous avons les moyens d'agir plus vite, par exemple dans le cadre de l'arrêté fédéral sur le contrôle du sang, des produits sanguins et des transplants. Nous pouvons déjà maintenant introduire rapidement le principe d'une interdiction de la xénotransplantation liée à une procédure d'autorisation. En d'autres termes, nous pouvons d'emblée, en modifiant cet arrêté-là, introduire l'obligation d'autorisation pour toute activité de recherche, et a fortiori, toute activité thérapeutique dans le domaine de la transplantation d'organes, cellules, etc. d'origine animale.» Mme la conseillère fédérale vient de nous confirmer cela en disant que nous aurons dès l'année prochaine un projet de modification de l'arrêté fédéral sur le contrôle du sang, des produits sanguins et des transplants, où cette question sera réglée. Alors, pourquoi faire deux fois les mêmes choses? Les arguments livrés par la suite, selon lesquels une délégation de compétence n'existerait pas pour la question de l'attribution d'organes d'origine animale et l'activité des hôpitaux publics en la matière, sont contradictoires à mon sens, et plus que construits. Sans oublier que ces aspects-là sont, pour ce qui est de leur application pratique, d'un horizon relativement

Respecter la hiérarchie des valeurs signifie à notre sens faire la différence entre la transplantation d'organes humains et ceux d'origine animale. Nous ne nions pas tous les aspects difficiles – techniques, éthiques – liés à la transplantation d'organes d'origine animale sur les êtres humains. Néanmoins, la raison principale qui nous conduit à inscrire un nouvel article dans notre constitution est qu'en matière de transplantation d'organes humains, il y a des questions d'éthique qui ne se posent pas dans le cas des xénotransplantations. En particulier, il y a la problématique du donneur, de la garantie de son intégrité personnelle, de la constatation de la mort clinique, de l'interdiction de faire du commerce avec des organes humains, etc. Nous estimons non approprié le mélange de ces questions avec celles liées aux tissus, cellules ou organes d'origine animale, aussi difficiles que ces dernières pulssent être.

N

Respecter la hiérarchie des valeurs comporte aussi des implications rédactionnelles. Dans la formule du Conseil fédéral, les principes de la dignité humaine, de la personnalité et de la santé sont énumérés à la sulte, sans faire apparaître le caractère principal de l'argument de la dignité humaine. Celle-ci est intangible et totale. En plaçant ce principe en première ligne, la minorité I affirme le caractère universel de ce

Du point de vue de l'agencement de l'article, l'alinéa 1er est suffisant. Nous ne nous opposons pas aux idées contenues dans les alinéas 2 et 3 proposés par la majorité, mais nous les considérons comme superflus puisque ce sont des questions à régier au niveau de la loi. Pour l'alinéa 2 d'ailleurs, la minorité I se déclare prête à retirer sa proposition de biffer. En revanche, en ce qui concerne l'alinéa 3, la formule qui est choisie par la majorité, l'interdiction de rémunération, risque dès lors de rendre impossibles certaines activités qui sont liées à de nouvelles théraples prometteuses et qui impliquent un traitement de tissus ou de cellules prélevés. Il est, par conséquent, imprudent de fixer dans la constitution des principes dont on ne mesure pas la portée et qui risquent de se révéler obstruants par la suite. Limitons-nous donc à une délégation de compétence simple et reprenons le débat au niveau de la loi lorsque les éléments requis seront réunis.

Je vous invite donc à sulvre la proposition de la minorité I à l'alinéa 1er. Nous retirons la proposition de biffer l'alinéa 2 et nous maintenons la proposition de biffer l'alinéa 3 de la version de la majorité de la commission.

Gross Jost (S, TG): Ich unterstütze den Antrag der Minderheit I (Deiss) in Absatz 1, d. h. die Beschränkung der Regelungskompetenz des Bundes auf die Transplantation menschlicher Organe, Gewebe und Zellen unter Ausschluss der Xenotransplantation. Warum?

1. Die bundesrätliche Fassung scheint mir unklar zu sein. So gilt etwa Absatz 2 betreffend die Unentgeltlichkeit der Spende offensichtlich nur für die Transplantation menschlicher Organe. Für die Transplantation tierischer Organe würde dieses Prinzip keinen Sinn machen. Ich darf hier einen von der Kommission beigezogenen externen Experten zitieren, Jörg Paul Müller. Er erklärte, man müsse klar sagen, was gemeint sei, zumindest aber, dass es bei der Xenotransplantation um die Entnahme von Organen bei Tieren und um die Einpflanzung beim Menschen gehe. Sonst fehle im Verfassungstext eine Aussage, die für die spätere Gesetzgebung notwendig sel.

2. Die Xenotransplantation ist in ihren Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, aber auch unter ethischen Gesichtspunkten umstritten. Es ist aus meiner Sicht staatspolitisch klüger, eine separate Verfassungsgrundlage für die Transplantation tierischer Organe, Gewebe und Zellen vorzulegen, wenn gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen. Deshalb auch die Forderung nach einem Moratorium der Xenotransplantation, das sich aber meines Erachtens auf den Bereich der medizinischen Anwendung beschränken muss - nicht auf jenen der Forschung

3. Der Einbezug der Xenotransplantation präjudiziert auch die Abstimmung über die Gen-Schutz-Initiative, deren Annahme ja ein Verbot der Xenotransplantation mit transgenen Tieren nach sich ziehen würde. Die Regelungskompetenz des Bundes setzt ja eine Bewilligungspflicht für die Xenotransplantation voraus, was ein generelles Verbot in der Folge ausschliesst.

4. Der vom Bundesrat vorgeschlagene Verfassungstext setzt in Artikel 24decies Absatz 1 keine genügenden ethischen Schranken. Er stellt den Schutz der Menschenwürde, den Persönlichkeitsschutz und den Gesundheitsschutz unterschiedslos auf dieselbe Stufe. Das war auch der zentrale Punkt, auf den der Staatsrechtslehrer Jörg Paul Müller in der Anhörung kritisch hingewiesen hat. Der Formulierungsvorschlag der Minderheit I verdient unter diesem Gesichtspunkt den Vorzug.

Wie Sie der Fahne, aber auch dem Antrag entnehmen können, unterstütze ich den Antrag der Minderheit I zu Absatz 1, aber nicht den Streichungsantrag zu Absatz 3. Ich bin allerdings dankbar darüber, dass Herr Deiss den Streichungsantrag zu Absatz 2 zurückgezogen hat. Ich finde es - um darauf zu sprechen zu kommen - sinnvoll und notwendig, dass Freiwilligkeit und Unentgeltlichkeit der Organspende im Sinne des Antrages der Minderheit IIb (Goll) ausdrücklich verankert

Es wurde uns in der Kommission auch bestätigt, dass damit die gesetzliche Regelung keineswegs präjudiziert wird, nämlich die sehr umstrittene Frage, ob eine ausdrückliche Zustimmung des Organspenders notwendig ist oder ob eine Widerspruchsregelung genügt.

Gehen Sie hier den Pfad der staatspolitischen Weisheit, und belasten Sie den notwendigen Verfassungsartikel nicht mit dem Reizthema Xenotransplantation!

Goll Christine (S, ZH), Sprecherin der Minderheit: Nachdem Bundesrätin Dreifuss erklärt hat, dass sie sich der Fassung der Kommissionsmehrheit bezüglich Absatz 3 anschliessen kann, fällt der Minderheitsantrag IIa weg. Ich beschränke mich jetzt also bei der Begründung auf den Minderheltsantrag Ilb. Sie sehen dort, dass ich im dritten Absatz gerne ein einziges Wort einfügen möchte, nämlich das Wort «freiwillig». Der Absatz 3 würde dann heissen: «Die Spende von menschlichen Organen, Geweben und Zellen ist freiwillig und unentgeltlich.» Der zweite Satz würde stehenbleiben: «Der Handel mit menschlichen Organen ist verboten.»

Zu diesem Thema: Ich weiss nicht, ob Ihnen vielleicht am 20. Oktober auch die Karikatur auf der Frontselte des «Tages-Anzeigers» aufgefallen ist, eine Karikatur von Nico unter dem Titel «Kopflose Organspender». Auf dieser Karikatur ist ohne Zweifel auf einem Operationstisch ein menschliches Wesen erkennbar - als menschliches Wesen an der Nadelstreifenweste und an der Krawatte kenntlich gemacht -, allerdings ohne Kopf. Daneben stehen zwei Mediziner. Die Bildlegende zeigt den Ausspruch des einen Mediziners, der sich über dieses menschliche Wesen mit Krawatte beugt und zu Ihm sagt: «Wenn sle mit einer Organspende nicht einverstanden sind, schütteln sie einfach den Kopf.»

Hintergrund dieser Karikatur und dieses Artikels ist die Tatsache, dass britische Entwicklungsbiologen einen Frosch ohne Kopf geklont haben. Diese Wissenschafter gehen auch davon aus, dass die Übertragung dieser Technik auf den Menschen möglich ist. Es handelt sich bei diesem Beispiel um die Phantasie kopfloser Wissenschafter, die sich davon versprechen, das Organwesen neu organisieren zu können, und sich auch erhoffen, dass durch die Klonung und Züchtung von kopflosen Wesen der Nachschub für Transplantate gesichert sein soll. Wir können solche Phantasien belächein, wir können sie nicht ernst nehmen, aber Tatsache ist, dass sich die biologische Forschung rasant beschleunigt hat. Tatsache ist, dass es immer schwererfällt, diese Entwicklung zu bremsen. Tatsache ist auch, dass dabei der Überblick verlorengeht, und Tatsache ist leider auch, dass sogar die Gewöhnung an das Unerwünschte damit eintreten kann.

Die perfekten Organbanken, der Menschenklon, ja auch der Mensch nach Mass und damit die Vermarktung von Menschen bzw. ihrer Körper sind nicht nur eine wahnwitzige Phantasie von hirnlosen Wissenschaftern, das ist nicht nur Fiktion, sondern es rückt leider auch gefährlich nahe ans Machbare, und zwar dann, wenn wir dem Machbarkeitswahn keine Grenzen setzen. Grenzen zu setzen ist auch unsere politische Verantwortung. Eine Grenze können wir in diesem Bereich setzen, wenn wir das Selbstbestlmmungsrecht der



Menschen im Bereich der Transplantationsmedizin gewährleisten.

Sie wissen: Die Praxis ist heute unterschiedlich; sie ist auch undurchsichtig. Es gibt verschiedene Modelle, von einem Informationsmodell über ein Zustimmungsmodell — wobei es auch dort Differenzierungen im Bereich enge oder weite Zustimmungslösung gibt — bis zu einer Widerspruchslösung. Mein Anliegen ist es, das Prinzip der Freiwilligkeit in dieser Verfassungsbestimmung zu verankern, um auch einen Nagel für die späteren Gesetzesberatungen einzuschlagen.

Ich möchte betonen, dass das Prinzip der Freiwilligkeit, also dieses Wort «freiwillig», das ich hier eingefügt haben möchte, kein Präjudiz für irgendein welteres Modell ist, kein Präjudiz für das Informations-, das Widerspruchs- oder das Zustimmungsmodell. Die Frage des Modells bzw. der praktischen Umsetzung werden wir auf der Ebene des Transplantationsgesetzes miteinander beraten müssen. Welches Modell dann zum Zuge kommt, ist mit diesem Einfügen des Wortes «freiwillig» noch nicht gesagt.

Wir haben das in der Kommission lange diskutiert. Schwierig war auch die französische Übersetzung; deshalb finde ich es schade, dass ich jetzt nicht hören kann, wie dieses Wort «freiwillig» übersetzt wird. In der Kommission haben wir uns auf den französischen Terminus «libre» für freiwillig geeinigt.

Wir werden in der Diskussion im Rahmen der Volksabstimmung über diesen Transplantationsartikel nicht um die Frage der Freiwilligkeit herumkommen. Ich möchte Sie bitten, nicht das Modell, aber das Prinzip der Freiwilligkeit bereits hier, in der Verfassung, zu verankern.

Gonseth Ruth (G, BL), Sprecherin der Minderheit: Hand aufs Herz, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen: Können Sie sich vorstellen, dass bei Ihnen hier drin einmal ein Schweineherz pocht oder ihre Leber vom Pavian stammt? Können Sie sich vorstellen, dass die Tiere dafür genmanipuliert und über Generationen in hochsterilen Labors aufgezogen werden und ein extrem unnatürliches, quaivolles Leben fristen müssen? 500 000 Xenotransplantationen jährlich sollen es nach den Prognosen von Novartis werden! Zehnmal mehr Transplantationen als heute. Arme Schweine!

Wird da die In unserer Verfassung festgeschriebene Würde der Kreatur nicht einfach weggewischt? Sind Schweine und Pavlane nicht auch unsere Mitgeschöpfe, die ebenso wie wir Gefühle wie Schmerz, Trauer und Angst und ein Recht auf ein ihrer Art entsprechendes Leben haben? Auf jeden Fall sieht es unsere Bevölkerung so. Aus ethisch-moralischen Gründen Iehnt gemäss repräsentativen Meinungsumfragen eine grosse Mehrheit in der EU und in der Schweiz die Xenotransplantationen ab. Doch das scheint den Bundesrat und die Mehrheit des Parlamentes bisher nicht zu kümmern. Die gleiche repräsentative Umfrage in der Schweiz ergibt, dass nur gerade 2 Prozent der Befragten dem Bundesrat bzw. dem Parlament zutrauen, den Bereich Gentechnologie auf Gesetzesebene vernünftig zu lösen.

Wir Grünen akzeptieren nicht, dass sich der Bund mit diesem Verfassungsartikel so weitrelchende Kompetenzen sichem will und die Bevölkerung dabei völlig austrickst, indem verschwiegen wird, dass damit auch die äusserst brisante Frage der Xenotransplantationen geregelt werden soll.

In der Botschaft finden sich dazu nur wenige Zeilen, doch wird daraus deutlich, dass der Bundesrat dem Machbarkeitsglauben erlegen ist.

Ich zitlere von Seite 10 der Botschaft: «Die bis jetzt erzielten Resultate lassen allerdings glauben, dass es für den klinischen Einsatz einmal taugliche Xenotransplantate geben wird.» Der Bundesrat welst allerdings nicht auf konkrete Studien hin, auf die er seinen Optimismus stützen könnte. Demgegenüber treten in vielen neuen wissenschaftlichen Veröffentlichungen die medizinischen Risiken der Xenotransplantationen immer deutlicher zutage. Einerseits ist das Abstossungsproblem keineswegs gelöst, andererseits entsteht mit der Verwendung von transgenen Tieren die Gefahr der Ausbreitung neuer Krankheitskeime. So wurde dies bis etwa im

Oktober 1997 in der Zeitung «Nature» publiziert oder – schon früher – im «Lancet».

Spätestens seit der Veröffentlichung von Starzi wissen wir auch, dass sich Menschen nach der Transplantation eines tierischen Organs in Richtung einer zellulären und genetischen Chimäre verändern. In diesen Menschenexperimenten haben sich tierische Zellen der transplantierten Pavianlebern im ganzen menschlichen Körper verteilt, waren in Herz, Haut, Muskein, Lymphknoten usw. nachzuweisen. Die Frage, was langfristig mit der Identität, Individualität, Persönlichkeit und Psyche von Menschen oder gar ihren Nachkommen geschieht, deren Gehirn und andere Organe teilweise aus Tierzellen bestehen, ist völlig ungeklärt.

Bedenken müssen wir vor allem auch die sozialen, entwicklungspolitischen und ökonomischen Auswirkungen. Es besteht heute weltweit eine massiv ungerechte Verteilung der medizinischen Güter und der medizinischen Hilfe. Eine Studie zeigt beispielsweise, dass 98 Prozent aller Todesfälle bei Kindern unter 15 Jahren in den Entwicklungsländern auftreten. Diese Kinder sterben an Unteremährung, an schlechtem Wasser, an infektionskrankheiten. Mit kleinstem Aufwand könnte das Leben dieser Kinder gerettet werden. Bei uns dagegen überbordet die High-Tech-Medizin mit expiodierenden Gesundheits- und Rentenkosten bei stetig zunehmender Lebenserwartung. All diese Probleme werden durch das Vorantreiben der Xenotransplantation verschärft.

Ich meine deshalb: Wir müssen in diesem irren Wettlauf von Forscherehrgeiz und Streben nach höchstmöglichem Wirtschaftsprofit in der Medizin Innehalten. Dem Ruf des Forschungsplatzes Schweiz wird es eher gut tun, sind doch unsere Novartis und ihr Schweizer Forschungsleiter treibende Kraft dieser unseligen Entwicklung. Ein Moratorium wird es ermöglichen, eine breitangelegte gesellschaftliche Eintretensdebatte um die grundsätzliche Wünschbarkeit und soziale Verträglichkeit, eine Diskussion um die Kollision von medizinischer Technologie und Menschenwürde sowie Würde der Kreatur zu führen.

Wir Grünen akzeptleren nicht, dass auch hier die Ethik einmal mehr den geschaffenen Zwängen und Fakten hinterherhinken soll und wie gewohnt die neuen Fakten anschliessend ethisch legitimiert werden müssen.

Ich bitte Sie daher, unserem Minderheitsantrag zuzustimmen. Sie können möglicherwelse damit einen Teil des verlorenen Vertrauens der Bevölkerung zurückgewinnen. Lehnen Sie jedoch meinen Minderheitsantrag ab, so wird das für die Bevölkerung ein deutliches Zeichen dafür sein, dass Sie nicht gewillt sind, der Gentechnologie Grenzen so zu setzen, wie Sie es jetzt landauf, landab auf den Podien im Rahmen der Diskussion rund um die Gen-Schutz-Initiative beteuern – Wasser auf die Mühle der Gen-Schutz-Initiative also.

Guisan Yves (R, VD): Les différentes propositions de minorité qui nous ont été soumises butent sur des questions qu'il est malheureusement nécessaire de reprendre, même si elles ont été déjà très largement traitées dans le cadre de l'entrée en matière.

Tout d'abord, le problème de la xénotransplantation. Il s'agit là certainement d'une vision d'avenir, encore très éloignée de sa réalisation effective, mais dont le besoin se fait sentir de manière de plus en plus pressante. En effet, le nombre de donneurs est bien insuffisant pour satisfaire la demande, et les listes d'attente s'allongent. Ces délais d'attente sont relativement facilement maîtrisables pour les greffes de rein, qui représentent d'ailleurs quasiment la moitié des transplantations effectuées, parce que la dialyse artificielle permet une substitution efficace et bien tolérée de la fonction rénale. Il n'en est, par contre, pas de même des autres organes, comme le coeur ou le fole, où il n'existe actuellement pas de substitution prolongée possible. Le malade se trouve dès lors condamné à brève échéance, dans la règle, si un donneur n'est pas rapidement à disposition. La transplantation d'organes animaux permettrait de faire face à ces situations souvent dramatiques.

Il y a donc certainement abus de langage lorsque les opposants à cette possibilité de prise en charge mettent en avant



N

des arguments de profit financier et d'intérêt personnel, qui justifieraient la volonté enragée, sans prise en considération des risques, et sans retenue du corps médical, pour procéder à ce genre d'intervention chez l'homme sans délai. Les rejets entre espèces animales différentes sont encore loin d'être maîtrisés, et nous ne disposons toujours pas d'un modèle animal satisfaisant malgré les progrès accomplis en matière de génie génétique et dans le domaine des immunosuppresseurs. A cela s'ajoutent des problèmes infectieux mis en exergue par l'exemple de la vache folle, avec la transmission à l'homme d'un agent pathogène n'impliquant au départ que l'animal. Le chemin est donc a priori encore très long à parcounir jusqu'à la première application pratique.

Sans entrer dans l'argumentation pour le moins spécieuse de Mme Gonseth, le moratoire jusqu'en 2010 demandé par la minorité IIIb n'a donc probablement qu'une signification en fin de compte tout à fait théorique. Mais en matière scientifique, il est toujours très difficile de faire des prévisions. Personne ne peut exclure une découverte significative ces toutes prochaines années, susceptible de débloquer les projets en cours et d'accélérer les possibilités d'application clinique chez l'homme. Il est par conséquent peu souhaitable d'introduire une telle disposition dans un article constitutionnel, et au contraire beaucoup plus sage de soumettre cette éventualité à autorisation par le biais de la loi, comme le propose le Conseil fédéral puisqu'il est prêt à accepter la motion CSEC-CN (97.3251). Celui-ci dispose d'ailleurs déjà d'une possibilité immédiate d'intervenir en se référant à l'arrêté fédéral sur le contrôle du sang, des produits sanguins et des transplants, et au niveau du financement par l'assurance-maladie.

Par contre, la déontologie médicale et les dispositions pénales en matière de faute médicale professionnelle ne constituent probablement pas une base suffisante pour arrêter des dispositions sur les effets cliniques dans des domaines comme celui-là. Cela devrait faire l'objet entre autres des modalités d'application de cet article constitutionnel. Le désir de la minorité I de vouloir le limiter aux seuls organes humains est par conséquent trop restrictif. Certes, les problèmes liés à la xénotransplantation sont dans l'ensemble très différents, en particulier puisque la question du consentement du donneur ne se pose pas. Néanmoins, ses objectifs et sa finalité sont les mêmes, en sorte qu'il serait incohérent de la séparer, sur le plan juridique, de l'hétérotransplantation humaine.

La minorité I proposait également de biffer l'alinéa 2, proposition maintenant retirée. Par contre, elle maintient la proposition de biffer l'alinéa 3 de l'article constitutionnel.

Ces deux alinéas donnent une orientation de principe de première importance en postulant la gratuité du don d'organes, l'interdiction de leur commerce et leur répartition équitable. La rédaction proposée par la minorité IIb n'en est qu'une variante sémantique qui n'ajoute en fin de compte pas grandchose à la proposition de la majorité. On relèvera seulement que la notion de gratuité couplée à la liberté du don proposée par la minorité IIb fait une allusion plus directe à toute la question du consentement, sans préjuger de la solution qui sera apportée par la loi. Elle n'entre donc pas en contradiction avec la proposition de la majorité. Il y a lieu toutefois de réaliser que si le consentement éclairé du donneur était requis, il auralt pour conséquence de bloquer pratiquement tout don d'organes et l'ensemble des programmes de transplantation.

Notre Conseil avait déjà été confronté à une proposition de ce genre en 1996 et l'avait à juste titre écartée. Il faut donc se diriger vers des modalités de consentement plus pragmatiques allant dans le sens de l'absence d'oppositions clairement exprimées lorsque le donneur était encore vivant, quitte à y impliquer l'information des proches.

Pour toutes ces raisons, je vous recommande donc de rejeter l'ensemble des propositions de minorité et d'adopter celles de la majorité de la commission. Nous disposerons ainsi d'un article constitutionnel qui permet d'approcher sans restriction tous ces différents problèmes, mais avec la souplesse requise.

Hollenstein Pla (G, SG): Der Bundesrat und die Kommissionsmehrheit schlagen in Absatz 2 bzw. 3 die Unentgeltlichkeit der Spende und die gerechte Zuteilung von Organen vor. Ich spreche vorwiegend zur Freiwilligkeit der Spende.

Auf den ersten Blick tönt die Formulierung der Mehrheit und des Bundesrates nicht schlecht. Was aber der Bundesrat damit nicht regeln will - das ist bedeutsam -, ist die Sicherstellung der Freiwilligkeit einer Organspende. Für uns Grüne ist die Verankerung der Freiwilligkeit der Organspende in der Bundesverfassung wichtig; deshalb unterstützen wir den Antrag der Minderheit Ilb (Goll). Die sogenannte Widerspruchslösung, also das Recht zur Organentnahme, sofern nicht explizit widersprochen wird, geht uns zu wenig weit; zu gross sind die Gefahren des Missbrauchs. Auch wenn dies in verschiedenen Kantonen so gehandhabt wird, macht es die Sache ethisch nicht vertretbarer. Die Problematik sehe ich vor allem in der Gefahr der ungenügenden Berücksichtigung des Willens der betroffenen Personen. Vielmehr sollte sich ein Recht auf Organentnahme auf die ausdrückliche Zustimmung der Organspenderin oder des Organspenders abstüt-

Eine Organentnahme ohne explizite Zustimmung oder entsprechende frühere Willensäusserungen der betroffenen Person geschieht heute in einem rechtsfreien Raum. Die Verfügungsgewalt über die Verwendung der Organe von sogenannten Hirntoten ist heute schon enorm. Unser Legifeneren sollte die Selbstbestimmung wieder voll an die betroffenen Personen zurückgeben; alles andere ist ein zu starker Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht. Möglichen Tendenzen einer zunehmenden Kommerzialisierung muss mit einer klaren Aussage vorgebeugt werden. Deshalb muss die Freiwilligkeit auf Verfassungsebene verankert werden. Ob sie auf Gesetzesstufe als Informationsmodell, Zustimmungs- oder Widerspruchslösung formuliert wird, kann dann diskutiert werden.

Aber um eine klare Aussage, ob die Freiwilligkeit gewahrt bleibt oder nicht, werden wir auch in der Diskussion rund um die Volksabstimmung nicht herumkommen. Die Bevölkerung hat ein Interesse und das Recht zu wissen, ob die Freiwilligkeit gewahrt bleibt oder nicht. Ist nämlich die Freiwilligkeit nicht mehr gewährleistet, so kann es sein, dass Menschen, denen die letzten Stunden und Minuten des Sterbeprozesses wichtig sind, um diesen wichtigen Prozess betrogen werden. Dies geschieht dann, wenn jemand mit der Diagnose «hirntot» zur Organentnahme in den Operationssaal geschoben wird, anstatt den letzten Abschnitt des Sterbens mit den nächsten Angehörigen verbringen zu können.

Ich glaube: Wir denken zu wenig darüber nach, was es für Angehörige bedeutet, wenn der Sterbeprozess abgekürzt wird, denn Sterben ist ein Prozess. Wenn wir davon ausgehen, dass das menschliche Leben mehr ist als das Resultat anatomischer Zufälligkeiten, gilt es, der Frage der Freiwilligkeit der Organspende besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Weil diese Frage auch sehr stark an die religiöse Vorstellung der Betroffenen gebunden ist, gilt es, die Frage der Freiwilligkeit mit besonderer Sorgfalt und besonderem Respekt anzugehen. Der Antrag der Minderheit Ilb wird dieser heiklen Fragestellung gerecht. Es spricht ja niemand in diesem Saal von einem Verbot von Organspenden; es geht um die Sicherstellung der Freiwilligkeit.

Ein weiterer Grund zur Verankerung der Freiwilligkeit der Organspende in der Bundesverfassung, der bisher noch nicht erwähnt wurde, ist folgender: Wenn wir die Freiwilligkeit der Organspende nicht auf Verfassungsebene garantieren, könnte deren Handhabung auch beim Pflegepersonal zu schweren Gewissenskonflikten führen. Dies wäre dann der Fall, wenn eine hirntote Person – selbstverständlich auf ärztliche Anordnung hin – in den Operationssaal geschoben werden müsste, ohne dass man den Willen der Betroffenen kennen würde, statt dass den Angehörigen Gelegenheit gegeben würde, die allerletzte Phase des Sterbens mit dem Sterbenden zu erleben. Den Entscheld der Ärzteschaft zu Organentnahmen ohne Zustimmung der sterbenden Person mitzutragen kann für die Pflegenden zur Belastung werden.





Dies ist ein wichtiger Grund, um die Freiwilligkeit der Organspende hier und heute zu verankern.

Ich danke Ihnen für die Zustimmung zum Antrag der Minderheit IIb. Die grüne Fraktion stimmt auch dem Antrag der Minderheit IIIb (Gonseth) für ein Moratorium bei Xenotransplantationen einstimmig zu.

Hafner Ursula (S, SH): Wir leben in einer Zeit der rasanten technologischen Entwicklung, ganz besonders auch im Bereich der Medizin. Die Diskussion über diese Entwicklung wird oft nur von den Interessengruppen geführt, in der Bevölkerung kommt die Diskussion eindeutig zu kurz. In der vorberatenden Kommission haben wir verschiedene Praktiker und Ethiker zu Hearings eingeladen. Da wurde diskutiert. Es kamen sehr unterschiedliche Argumente.

Der SP-Fraktion scheint es unerlässlich, dass auch die Bevölkerung umfassend informiert wird. Alle Zahler von Krankenkassenprämien, alle potentiellen Organspenderinnen und -spender müssen ebenso wie die Organempfängerinnen und -empfänger wissen, was in diesem Bereich alles möglich ist und was schon alles getan wird. Dies ist ein wichtiger Grund für die SP-Fraktion, den Minderheiten II und III zuzustimmen.

Der Minderheit III stimmen wir zu, weil so für eine eingehende Beschäftigung mit der ganzen Problematik der Xenotransplantation Zeit bleibt. Frau Gonseth hat Ihnen bei ihrer Begründung des Minderheitsantrages einen Einblick in diese Problematik gegeben. Darüber muss gesprochen werden, bevor Organe von Tieren auf Menschen verpflanzt werden. Der Minderheit II stimmen wir zu, weil sie die Freiwilligkeit der Organspende vorsieht. In welcher Form ein Mensch seinen freien Willen äussert, seine Bereitschaft, nach seinem Tod die Organe anderen zur Verfügung zu stellen, ist offen. Das muss dann auf Gesetzesstufe geregelt werden. Frau Goll hat bei der Begründung der Anträge schon darauf hingewiesen. Wichtig ist uns aber, dass der Verfassungsartikel garantiert, dass der freie Wille der Spenderinnen und Spender oder ihrer Angehörigen berücksichtigt wird. Das zwingt nämlich auch die verschiedenen Interessengruppen, die Diskussion mit der Bevölkerung zu führen, sie umfassend zu informieren und darzulegen, weshalb es unter Umständen wichtig ist, dass Organe gespendet werden. Nur so ist gewährleistet, dass auf alle Fragen und Bedenken der potentiellen Spenderinnen und Spender eingegangen wird und dass eine Spende wirklich eine Spende ist. Es darf nicht mehr, wie kürzlich im Kanton Zürich, geschehen, dass eine Frau, die nicht ertragen kann, dass ihrem Mann nach seinem Tod Organe entnommen werden, erst hinterher erfährt, dass sie eigentlich ein Widerspruchsrecht gehabt hätte. Erst jetzt wird im Kanton Zūrich besser informiert.

Es muss gewährleistet sein, dass alle Leute wirklich informiert sind. Dazu sind die Interessierten dann motiviert, wenn sie die Leute davon überzeugen müssen, wie wichtig es ist, freiwillig ihre Organe zur Verfügung zu stellen oder zu erlauben, dass einem Angehörigen Organe entnommen werden.

Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, den Minderheiten II und III zuzustimmen. Die Minderheit I hingegen will zwei wichtige Absätze des Verfassungsartikels streichen. Das lehnt die SP-Fraktion ab.

Hochreutener Norbert (C, BE): Wie bereits im Eintretensvotum gesagt, lehnt die CVP-Fraktion alle Minderheitsanträge grossmehrheitlich ab. Die Minderheit I schlägt eine Lösung vor, die mit dem Wort «Entnahme» die Organtransplantations-Gesetzgebung in Richtung einer Widerspruchslösung lenkt. Dies ist eine Weichenstellung in eine bestimmte Richtung, die wir im Verfassungsartikel eigentlich nicht vorgeben wollen. Dieser soll für verschiedene Lösungen offen sein, beispielsweise auch für die Zustimmungslösung.

Für die CVP-Fraktion gehört zudem die Xenotransplantation in diese Grundnorm hinein. Dies dürfte nämlich der Bereich sein, wo die Entwicklung in der Praxis die grössten Auswirkungen haben wird; deshalb gehört das auch in die Grundgesetzgebung – hier und jetzt, nicht später und anderswo.

Die CVP-Fraktion lehnt auch die Minderheitsanträge II und III ab. Es geht hier erstens um die Freiwilligkeit. Wie ich schon in der Eintretensdebatte sagte, ist im Wort «Spende» die Freiwilligkeit schon impliziert; die Spende ist per Definition freiwillig; deshalb ist es unnötig, die Freiwilligkeit expressis verbis im Grundgesetz zu erwähnen.

Zweitens haben wir ein Moratorium für die Xenotransplantation, wie Frau Heberlein namens der FDP-Fraktion sagte, erst vor kurzem abgelehnt, well es zu einem faktischen Verbot der Forschung auf diesem Geblet führen würde. Das ist unseres Erachtens abzulehnen.

Deshalb bittet Sie die CVP-Fraktion, überall die Kommissionsmehrheit und den Bundesrat zu unterstützen.

Schenk Simon (V, BE): Frau Goll hat in der Begründung des Minderheitsantrages von «hirnlosen Wissenschaftern» gesprochen. Ich finde dies einen höchst beleidigenden und fragwürdigen Vorwurf an die Adresse eines Forschungszweiges, der in unserem Land immerhin eine führende Position einnimmt. Ich unterlasse es hier, eine Untersuchung vorzunehmen, ob hirnlose Wissenschafter oder kopflose Politikerinnen und Politiker gefährlicher sind.

Auch wenn inzwischen die Zahl und die Form der Minderheitsanträge verändert worden sind, bitte ich Sie im Namen der geschlossenen SVP-Fraktion, sämtliche Minderheitsanträge abzulehnen. Über die Gründe möchte ich hier nichts weiter ausführen, well ich diese schon im Eintretensvotum dargelegt habe. Es ist unbedingt zu verhindem, dass ein wichtiger Forschungszweig durch Verbote und Moratorien bereits auf Verfassungsstufe beeinträchtigt wird. Gerade in der heutigen, wirtschaftlich immer noch schwierigen Zeit wäre es engstimig, wenn man provozieren würde, dass diese Zweige zum Teil aus unserem Land ausgelagert würden. In diesem Sinne bitte ich Sie, sämtliche Minderheitsanträge abzulehnen.

Philipona Jean-Nicolas (R, FR), rapporteur: Concernant tout d'abord la proposition de la majorité de la commission: si nous avons proposé de diviser l'alinéa 2 du projet du Conseil fédéral, c'est bien pour tenir compte de l'éventualité d'accepter des xénotransplants, l'alinéa 2 couvrant toutes les transplantations, qu'elles soient humaines ou d'origine animale. Quant à l'alinéa 3, il est précisé bien sûr que l'interdiction du commerce et la gratuité concernent les organes d'origine humaine.

Le Conseil fédéral se rallie donc à cette proposition. Nous pouvons examiner les propositions de minorité.

La proposition de la minorité I (Delss) a une qualité, c'est sa concision. Mais malgré cette qualité, la commission l'a refusée par 18 voix contre 1, tenant compte du fait que les deux éléments de l'alinéa 3 sont essentiels: la gratuité du don et l'interdiction du commerce. Ne pas les interdire voudrait peutêtre signifier qu'on peut les admettre d'une certaine manière, ce qui serait fondamentalement faux.

D'autre part, les motions qui ont été acceptées et qui ont amené cet article constitutionnel ont été faites sur la base de cette interdiction-là. Je crois qu'il faut maintenir ces éléments dans l'article constitutionnel, car ils sont absolument nécessaires, de l'avis de la majorité de la commission.

En ce qui concerne la proposition de la minorité IIb (Goll), le terme de la liberté du don d'organes – même s'il y a eu des difficultés de traduction du «freiwillig» en français: je vous rappelle qu'à l'alinéa 1er, on parie de protection de la dignité humaine et de la personnalité. Je crois que ces deux termes signifient bien qu'on ne peut, en aucun cas, obliger quelqu'un à donner un organe contre sa volonté.

Dans ce même alinéa 3, on parle blen de don d'organes. Comment donc imaginer forcer quelqu'un à un don? Je crois même qu'on peut dire que si l'on pense qu'on doit ajouter ce mot «libre», on affaiblit les termes de protection de la dignité ou de don, puisqu'on croit devoir dire que ce n'est pas compris dans la protection de la dignité humaine. Il faut donc s'en tenir à la proposition de la majorité de la commission qui a la qualité de la concision, tout en recouvrant bien la volonté de la minorité Ilb.



En ce qui concerne la proposition de la minorité IIIb (Gonseth), introduire un moratoire jusqu'en 2010 voudrait dire qu'on anticipe sur des non-progrès de la médecine dans les prochaines années. Il est vrai que la xénotransplantation, jusqu'à présent, a surtout connu des échecs et le message du Conseil fédéral parle de 30 essais qui sont autant d'échecs dans le monde jusqu'à présent. Il n'en reste pas moins que la xénotransplantation est porteuse d'espoir et qu'il faut laisser la recherche avancer dans ce domaine.

Le Conseil fédéral vous a déjà dit que ce problème-là serait réglé très rapidement par une modification de l'arrêté fédéral sur le contrôle du sang, des produits sanguins et des transplants. C'est une solution qui est beaucoup plus souple et qui permet de tenir compte de l'évolution qui peut être rapide dans ce domaine-là. Il y a donc lieu de rejeter la proposition de la minorité IIIb.

En conclusion, il faut s'en tenir à la proposition de la majorité de la commission, qui est équilibrée et qui correspond à ce qui est souhaité et nécessaire dans ce problème de la transplantation.

Günter Paul (S, BE): Herr Philipona, mit der Förderung der Transplantationsmedizin wird die Tür zu einem rasch expandierenden Medizinbereich mit hohen Kosten aufgestossen. Ist sich die Kommission bewusst, dass diese neuen und hohen Kosten zwingend eine zusätzliche Finanzierung des Gesundheitswesens, d. h. eine Umverteilung der Mittel des Staates, nötig machen werden?

Artikel 43 Absatz 3 Litera a unseres Geschäftsverkehrsgesetzes schreibt zwingend vor, dass die Auswirkungen einer Vorlage und insbesondere die Art und Welse der Kostendekkung darzulegen sind. Da diese Kosten hoch sein werden, meine ich, muss das bereits bei der Verfassungsvorlage geschehen. Bis jetzt ist dies nicht geschehen; zweieinhalb mickrige Zeilen stehen in der Vorlage über Kosten- und Stellenfolgen. Ich möchte daher Sie als Berichterstatter und vielleicht auch die Berichterstatterin deutscher Sprache ersuchen, die nötige Information noch zu geben: Woher sollen die Mittel dafür kommen?

Philipona Jean-Nicolas (R, FR), rapporteur: En ce qui concerne les dépenses supplémentaires qui pourraient résulter de l'adoption de cet article constitutionnel, il faut bien dire qu'il ne va pas lui-même en créer; c'est la législation d'application qui peut ensulte entraîner des dépenses supplémentaires. Or, on ne peut pas savoir maintenant quelle sera la législation d'application et quel sera le rôle que la future loi attribuera aux cantons. Actuellement, c'est les cantons qui doivent régler cette question. Certains l'ont réglée plus ou moins, d'autres pas du tout. La loi devra le faire de façon uniforme sur le plan fédéral.

Alors, quelle sera la compétence des cantons, et quelle sera celle de la Confédération? Ce sera encore à voir dans la future loi, mais ce n'est pas l'adoption de ce projet d'article constitutionnel qui entraînera une augmentation des dépenses.

Dormann Rosmarie (C, LU), Berichterstatterin: Kurz eine Antwort auf die Frage von Kollege Günter, der selber Arzt ist. Der Bundesrat und die Mehrheit der Kommission wollen die Transplantationsmedizin regeln. Sie wollen Vorschriften erlassen. Vorschriften können fördernd oder auch einschränkend sein. Das ist Sache des Gesetzes, das Sie vorhin erwähnt haben. Ob die Mehrheit im Parlament und im Volk eine Förderung der Transplantationsmedizin will oder eher eine Einschränkung, das ist eine Sache, die ganz Intensiv diskutiert werden muss, und zwar im breiten Volk.

Wie in meinem Eintretensvotum erwähnt, muss ich als Berichterstatterin Sie bitten, der Mehrheit der Kommission zuzustimmen. Worln liegen die Unterschiede? Mit Absatz 1 von Artikel 24decies der Bundesverfassung möchten die Mehrheit der Kommission und der Bundesrat alle Spenden von Organen, Geweben und Zellen tierischer und menschlicher Herkunft regeln.

Die Minderheit I will nur die menschlichen Organspenden regeln. Sie spricht sogar von «Entnahme», nicht von «Spen-

de». Das kann je nach stillstischem Wortsinn unterschiedlich aufgenommen werden. Es gibt Leute, die haben tatsächlich Angst, dass ihnen widerspruchslos Organe entnommen werden. Um dies abzuschwächen, spricht man ganz klar von einer «Spende», die unentgeltlich sein muss. Spenden werden nie bezahlt. Deshalb hat die Mehrheit der Kommission an der Unentgeltlichkeit festgehalten.

Ich denke auch, dass es eine welse Voraussicht in der Politik ist, dass man die Xenotransplantation bereits heute auf Verfassungsstufe regelt, nachdem das Parlament dem Bundesrat vor zwei Sessionen den Auftrag erteilt hat, die Xenotransplantation zu regeln. In der Regel «humpeln» wir in der Politik immer hintennach. Diesmal sind wir etwas voraus, was sicher eine gute Voraussetzung ist.

Zum Wort «Entnahme»: Es geht immerhin um lebensfähige Güter von verstorbenen Menschen, die einem sonst sterbenden Menschen helfen können weiterzuleben. Deshalb ziemt sich das Wort «Spende» besser als das Wort «Entnahme», wie es die Minderheit I in Absatz 1 verwendet.

Die Unentgeltlichkeit und das Verbot des Handels müssen zwingend in unserem Verfassungsartikel erwähnt werden. Wir haben sie bereits im Bundesbeschluss über die Kontrolle von Blut, Blutprodukte und Transplantaten erwähnt, der allerdings bis zum Jahr 2005 befristet ist.

Die Minderheit II verlangt explizit die Erwähnung der Freiwilligkeit im Verfassungsartikel. Die Freiwilligkeit ist eigentlich bereits im Begriff «Schutz der Persönlichkeit» in Absatz 1 und im Wort «Spende» in Absatz 2 der Mehrheit enthalten. Das Wort «Freiwilligkeit» ist sehr schwer ins Italienische und Französische zu übersetzen. Deshalb hat die Kommissionsmehrheit darauf verzichtet, dies explizit zu erwähnen. Sie geht davon aus, dass die Absätze 1 und 2, wie sie sie formuliert hat, d. h. mit der «Spende» und dem Schutz der Persönlichkeit, im Parlament eine Mehrheit finden.

Die Minderheit III verlangt ein Moratorium für die Xenotransplantation bis ins Jahr 2010. Ein Moratorium ist kein Verbot, aber eine Verlangsamung der Forschungsbeschleunigung, wie wir sie heute in diesem Bereich feststellen. Die Antragsteller und Antragstellerinnen haben Angst, dass die Forschung zu rasch vor sich geht, und vor allem haben sie Angst, dass die damit verbundenen Krankheltserreger, die von Tieren auf Menschen übertragen werden könnten, noch zuwenig erforscht sind.

Die Mehrheit der Kommission befürchtet, dass durch dieses Moratorium die Forschung ins Ausland transferiert wird, well damit ein Verbot der Forschung im Bereich Xenotransplantation ausgesprochen wird.

Persönlich stimme ich mit der Minderheit III, weil ich Mühe habe zu begreifen, dass die Erste Welt die Unsterblichkeit einleiten will und in der Dritten Welt täglich Menschen an Hunger und Krankheit sterben. Die Kommissionsmehrheit hat diesem Moratorium, wie es die Minderheit III verlangt, mit 12 zu 9 Stimmen allerdings nicht zugestimmt.

Ich bitte Sle namens der Kommissionsmehrheit, alle Minderheitsanträge abzulehnen und ihren Anträgen zuzustimmen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Très rapidement, en ce qui concerne la proposition de la minorité I (Deiss), sur le plan de la formulation rédactionnelle, on peut discuter de ses qualités par rapport au projet qui est sur la table. Mais venons-en à l'essentiel: la proposition de la minorité I ne veut réglementer que la transplantation d'organes, de tissus et de cellules humaines, et ne pas légiférer dans le domaine de la xénotransplantation. Ceci me paraît une erreur. C'est bien au début d'une évolution que nous devons nous donner, par mesure de précaution, les compétences pour agir. C'est la ralson pour laquelle nous pensons qu'il faut repousser la proposition de la minorité I.

Nous avons une base constitutionnelle qui nous permet – j'y reviendral tout à l'heure – de contrôler aujourd'hui les travaux dans le domaine de la xénotransplantation parce qu'il y a des risques sanitaires. Tant que l'on se limite à ce problème de la possibilité de transmission de maladies infectieuses, nous pouvons agir, et nous sommes dans une phase où cela suffira pour les quelques années à venir. Mais si ce problème





devait être résolu, nous avons besoin d'une base constitutionnelle qui nous permette d'agir sur le plan de l'organisation, des principes et de l'éthique. Et pourquoi ne pas le faire maintenant, où une telle évolution pourrait se dessiner, le besoin de légiférer étant déjà affaire de demain, mais affaire tout à fait à portée de main?

C'est également pour pouvoir légiférer au niveau de la loi, et non pas de la constitution, que nous vous proposons de repousser la proposition subsidiaire de la minorité IIIb (Gonseth). «Hand aufs Herz», avez-vous demandé: est-ce que je pourrais imaginer des transplantations d'organes animaux? Je dirai d'abord que la question qui se pose aujourd'hui, c'est la transplantation de cellules, de tissus, comme vous le savez, et que dans ce domaine, il y a des évolutions en cours. Vous n'avez pas posé la question, d'ailleurs la proposition subsidiaire de la minorité IIIb ne concerne pas cet élément, mais nous sommes déjà en train de franchir dans ce domaine les premières barrières. Et je dirai, «Hand aufs Herz», et pour répondre très personnellement à votre question, que tant qu'il n'y aura que le choix entre des organes humains, j'hésiteral à me mettre sur la liste d'attente au détriment d'autres personnes qui pourralent en avoir besoin. A partir du moment où la rareté pourrait être surmontée dans ce domaine, je pourrais effectivement imaginer de me mettre sur la liste d'attente, malgré un âge vénérable, et de demander à mon tour une chance de survie, ou une occasion de contribuer au développement de la science, pourquoi pas? C'est finalement aussi une bonne façon de poursuivre le service public. C'est justement l'argument que vous avez utilisé: la proximité des animaux, la sympathie que nous avons envers eux, le fait que nous appartenons finalement au même genre et que nous sommes très proches les uns des autres, font que pour mol, Il ne s'agirait pas là d'un saut absolument incompréhensible et que, mon Dieu, les coeurs de porc ou les foies de singe ont peut-être des qualités que certains coeurs d'hommes et certains foies d'êtres humains n'ont pas.

En d'autres termes, oui, c'est une évolution que le n'aimerals pas bloquer à tout jamais. Mais il est clair aussi qu'aujourd'hui, nous devons éviter toute évolution non contrôlée. C'est la raison pour laquelle j'al déjà reçu du Conseil fédéral le mandat de préparer l'amendement de l'arrêté fédéral du 22 mars 1996 sur le contrôle du sang, des produits sanguins et des transplants.

Je puis vous dire que, dans le projet que je présenteral au Conseil fédéral et que vous recevrez, je l'espère, dès le printemps, j'utiliseral au maximum toutes les possibilités que nous donne la constitution, mais je souhaite à l'avenir avoir la possibilité de régler autre chose que les problèmes de risques d'infection. C'est la raison pour laquelle je souhaite que l'article constitutionnel soit large dans sa formulation, et qu'en même temps il n'y ait pas de moratoire comme le prévoit la proposition subsidiaire de la minorité Ilib que je vous invite à rejeter.

La proposition subsidiaire de la minorité Ilb, je l'al dit dans le débat d'entrée en matière, correspond au fond à un consensus, mais elle est difficile à formuler. Où est le consensus? Personne ne veut de contraintes en matière de don d'organes, même pas de contraintes économiques puisqu'il doit être gratuit. Tout le monde souhaite qu'il y ait information, c'est-à-dire que l'on sache dans notre société ce que signifie un don d'organes et comment on veut se positionner par rapport à cela. Nous ne voulons pas fixer un modèle aujourd'hui; tout le monde a reconnu que ce débat doit être approfondi et doit avoir lieu. Nous ne considérons donc pas que le terme «libre» ajoute suffisamment de ciarté au débat. Au contraire, il pourrait laisser à penser que le modèle est déjà choisi.

Si je dis que je me situe un peu autrement par rapport à la proposition de la minorité IIb que par rapport à celles des minorités i et IIIb, c'est parce que, si vous deviez l'accepter, il faudrait qu'on travaille sur une formulation qui ne laisse aucune ambiguïté, qui se résume à l'essentiel: absence de contraintes et information. Mais vous savez blen que la plupart des problèmes devront effectivement être réglés au niveau de la loi et que le terme «don» devrait garantir suffisamment ce que nous voulons.

Alors, sans lui attribuer la même gravité qu'aux deux autres propositions de minorité, je vous recommande néanmoins de rejeter également la proposition de la minorité lib. En d'autres termes, adoptez la proposition de la majorité de la commission.

Abs. 1 - Al. 1

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit 121 Stimmen Für den Antrag der Minderheit I/Gross Jost 22 Stimmen

Abs. 2 - Al. 2

Präsident: Der Bundesrat schliesst sich der Mehrheit an, der Streichungsantrag der Minderheit I ist zurückgezogen worden. Damit entfallen die Anträge der Minderheit IIa und Gross Jost.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit Adopté selon la proposition de la majorité

Abs. 3 - Al. 3

Präsident: Hier entfällt der Antrag der Minderheit Illa.

Abstimmung - Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Mehrheit 96 Stimmen Für den Antrag der Minderheit Ilb/Gross Jost 54 Stimmen

Definitiv - Définitivement

Für den Antrag der Mehrheit 143 Stimmen Für den Antrag der Minderheit I 5 Stimmen

Abs. 4 - Al. 4

Abstimmung - Vote

Für den Antrag der Mehrheit 96 Stimmen Für den Antrag der Minderheit IIIb 52 Stimmen

Ziff. II

Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. II

Proposition de la commission Adhérer au projet du Conseil fédérai

Angenommen – Adopté

Namentilche Gesamtabstimmung Vote sur l'ensemble, nominatif (Ref.: 1298)

Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet: Aguet, Banga, Baumann Alexander, Baumann Stephanie, Béguelin, Berberat, Bezzola, Binder, Bircher, Blaser, Bonny, Borel, Borer, Bortoluzzi, Burgener, Carobbio, Cavadini Adriano, Cavalli, Chiffelle, Columberg, Comby, Couchepin, de Dardel, Deiss, Dettling, Dormann, Dreher, Ducrot, Dünki, Dupraz, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Ehrler, Engelberger, Engler, Eymann, Fasel, Fehr Lisbeth, Filliez, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Föhn, Freund, Frey Claude, Frey Walter, Friderici, Gadient, Glezendanner, Grendelmeier, Grobet, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Guisan, Gysin Hans Rudolf, Hafner Ursula, Heberlein, Heim, Hess Peter, Hochreutener, Imhof, Jeanprêtre, Jutzet, Kühne, Kunz, Langenberger, Lauper, Leu, Leuba, Lötscher, Maurer, Maury Pasquier, Meier Samuel, Moser, Mühlemann, Müller Erich, Müller-Hemmi, Nabholz, Nebiker, Ostermann, Pelli, Philipona, Pidoux, Pini, Raggenbass, Randegger, Ratti, Rechsteiner Paul, Roth, Ruckstuhl, Ruf, Rychen, Sandoz Marcel, Sandoz Suzette, Schenk, Scheurer, Schlüer, Schmid Odilo,

Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Semadeni, Speck, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steinegger, Steinemann, Steiner, Stucky, Thanei, Tschopp, Tschuppert, Vetterli, Vogel, von Allmen, Waber, Welgelt, Weyeneth, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Ziegler, Zwygart

N

Dagegen stimmen - Rejettent le projet: Baumann Ruedi, Bäumlin, Bühlmann, Fankhauser, Goll, Gonseth, Gysin Remo, Herczog, Hollenstein, Meier Hans, Stump, Thur, Vollmer, von Felten, Weber Agnes, Widmer, Zbinden

Der Stimme enthalten sich - S'abstiennent: Aeppli, Diener, Gross Jost, Günter, Jans, Leemann, Tschäppät

Entschuldigt/abwesend sind - Sont excusés/absents: Alder, Aregger, Bangerter, Baumberger, Blocher, Bosshard, Brunner Toni, Bührer, Caccia, Christen, David, Durrer, Epiney, Fässler, Fehr Hans, Fritschl, Gross Andreas, Gusset, Haering Binder, Hämmerle, Hasler Ernst, Hegetschweiler, Hess Otto, Hubacher, Hubmann, Jaquet, Keller, Kofmel, Lachat, Ledergerber, Loeb, Loretan Otto, Maitre, Marti Werner, Maspoli, Meyer Theo, Oehrli, Rechstelner Rudolf, Rennwald, Ruffy, Scherrer Jürg, Simon, Splelmann, Steffen, Strahm, Suter, Teuscher, Theller, Vallender, Vermot, Widrig

Präsident, stimmt nicht - Président, ne vote pas: (1)Leuenberger

An den Ständerat - Au Conseil des Etats

Präsident: Wir sind unprogrammgemäss bereits am Ende der Traktandenliste angekommen. Das ist darauf zurückzuführen, dass Sie sich in Ihren Redezeiten selber um die Hälfte gekürzt haben. Ich danke Ihnen dafür und gönne Ihnen eine etwas längere Mittagspause als sonst.

Schluss der Sitzung um 11.40 Uhr La séance est levée à 11 h 40

Ε

97.035

Transplantationsmedizin. Verfassungsbestimmung Médecine de la transplantation. **Article constitutionnel**

Botschaft und Beschlussentwurf vom 23. April 1997 (BBI 1997 III 653) Message et projet d'arrêté du 23 avril 1997 (FF 1997 III 613) Beschluss des Nationalrates vom 2. Dezember 1997 Décision du Conseil national du 2 décembre 1997

Eintretensdebatte - Débat d'entrée en matière

Rochat Eric (L, VD), rapporteur: Alors que c'est en 1964 que fut effectuée la première greffe de rein en Suisse, notre pays demeure étrangement un des derniers pays européens à ne posséder aucune disposition légale qui réglemente le domaine de la transplantation d'organes, de tissus ou de cellules. C'est l'arrêté fédéral du 22 mars 1996 sur le contrôle du sang, des produits sanguins et des transplants qui constitue la toute première disposition fédérale en matière de protection contre les infections et le commerce des transplants.

Et pourtant, notre pays a connu des développements spectaculaires en la matière, puisqu'en 1997, ce ne sont pas moins de 35 greffes de coeur, 16 de poumon, 55 de fole, 6 de pancréas et 236 de rein qui ont été effectuées, soit 348 au total contre 357 l'année précédente. Nous pouvons y ajouter plus de 200 greffes de moelle osseuse.

Si on compte ces 30 dernières années, aucun dérapage n'a eu à être déploré. Il n'en demeure pas moins que nous ne pouvons plus nous contenter de règles et de principes généraux, de dispositions émanant de milieux privés ou semi-publics comme les directives de l'Académie suisse des sciences médicales, datant de 1981 déjà, ni d'ailleurs de législations cantonales disparates et incomplètes.

La transplantation d'organes est un domaine dans lequel la collaboration entre cantons, mieux, entre pays, est indispensable. Une législation unique est souhaitable, qu'il s'agisse de la répartition des organes disponibles, de la réglementation du don et du commerce d'organes, qu'il s'agisse de la protection contre les infections, qu'il s'agisse du respect du donneur et du receveur, qu'il s'agisse enfin du délicat sujet de la xénotransplantation.

Un nouvel article constitutionnel est aujourd'hui nécessaire. Il est ardemment demandé par tous ceux qui sont concernés par la transplantation, qu'ils soient des patients, qu'ils soient des médecins.

Le Conseil fédéral nous propose un article 24decies adéquatement placé après l'article 24novies qui traite de la procréation et du génie génétique. En plus de la compétence législative, le projet du Conseil fédéral retient trois éléments de première importance:

- 1. la protection de la dignité humaine, de la personnalité et de
- 2. la gratuité du don d'organes, de tissus ou de cellules;
- 3. la répartition équitable des organes à disposition. Lors de ses débats, le Consell national a ajouté une quatrième disposition qui interdit clairement le commerce d'organes.

Le message du Conseil fédéral fourmille de renseignements intéressants sur les transplantations d'organes, et je n'y reviendral pas. Je soulignerai tout au plus le manque croissant d'organes et de donneurs, nombre qui contraste avec l'amélioration des possibilités de greffe et la sécurité toujours plus grande garantle au receveur.

Nous découvrirons que les causes de cette évolution regrettable sont multiples. Nous apprendrons aussi qu'il n'existe pas de solution aisée à cette situation, mais un faisceau d'incitations possibles, allant du soutien aux hôpitaux qui prélèvent les organes dans de bonnes conditions à l'information large et répétée du public sur les conditions du prélèvement. La définition de la mort clinique et la possibilité pour chacun, le cas échéant, de bénéficier d'une greffe d'organes qui lui est nécessaire sont également des éléments importants.

Après avoir entendu junstes et médecins, après avoir longuement délibéré, votre commission est entrée en matière sans opposition sur le projet du Conseil fédéral. Elle a désiré cependant confier à une sous-commission le soin de se pencher sur les réserves exprimées par certains juristes sur la nécessité d'un tel article et diverses propositions provenant de la commission elle-même. Dans une ultime séance enfin, votre commission s'est raillée unanimement au texte élaboré par le Conseil national.

Me réservant d'y revenir lors de l'examen de détail, j'aimerais aborder maintenant quelques points particulièrement importants avant trait à cet article constitutionnel.

La première phrase de l'alinéa 1 er contient tout d'abord implicitement les dispositions nécessaires pour légiférer dans le domaine de la xénotransplantation. En parlant en effet de transplantation d'organes, de tissus et de cellules sans préciser leur origine humaine ou animale, l'article constitutionnel crée cette compétence.

Certains se demanderont pourquol la xénotransplantation — dont je rappelle le stade de développement tout à fait expérimental à l'heure actuelle — n'est pas citée nommément, lorsqu'on connaît surtout la sensibilité de certains groupes de notre population à ce sujet. D'autres s'interrogeront sur l'absence de mention de l'implantation, qui consiste à placer dans le corps des tissus, mais aussi des matières inertes.

La solution proposée réunit en une même phrase la transplantation et ses sous-ensembles que sont la xénotransplantation et l'implantation, le tout dans une formulation claire, susceptible d'adaptation à l'évolution des techniques et des connaissances. Votre commission a préféré cette solution à des propositions plus détaillées, laissant à la loi le soin de définir les dispositions qui s'appliquent aux différents champs d'activité.

Soulignons une fois encore qu'il sera désormais possible de légiférer dans le domaine de la xénotransplantation, et plus seulement pour les risques infectieux que cette technique présente.

La seconde phrase de l'alinéa 1er fait craindre la redondance, que ce soit par référence aux articles précédents, que ce soit par la juxtaposition des termes: dignité humaine, personnailté et santé. Les explications des experts ont convaincu votre commission. Dans tous les cas de transplantation, en effet, il est nécessaire de tenir compte et de la dignité humaine du donneur, et de la santé du receveur; mais aussi des droits de la personnalité des deux personnes en cause, de l'anonymat comme du désir d'être ou non donneur d'organes. Il n'y a donc pas cumul de concepts. Cette deuxième phrase de l'alinéa 1er décrit sobrement le champ complet des protections nécessaires à la réalisation des transplantations. Votre commission a suivi le Conseil national dans le découpage nouveau qu'il a fait de l'allnéa 2 du Conseil fédéral. Elle reprend tout d'abord la notion d'équité ou de répartition équitable des organes. Elle se refuse en revanche à inscrire une égalité qui serait irréalisable.

Elle se soucle d'éviter que des considérations autres que médicales puissent infléchir les règles d'attribution des organes à disposition, qu'elles solent des considérations financières, sociales, ethniques ou même politiques. Puls, dans l'alinéa 3 nouveau, la commission reprend à son compte les deux concepts bien définis par le Conseil national: d'une part, la gratuité du don d'organes, de tissus ou de cellules, d'autre part, l'interdiction du commerce d'organes. Cette différence organes/tissus/cellules n'est pas une faute de style, ni une habileté juridique. Elle correspond à une réalité médicale dans le domaine de la transplantation.

Concernant les organes en effet, le souci permanent des organisations de transplantations et des chirurgiens qui les effectuent est d'éviter le commerce d'organes. Certes, il nous faut faire la part des rumeurs qui attribuent périodiquement à certains pays l'histoire maintenant fameuse de la personne qu'on enlève, qu'on anesthésie, qu'on prive d'un rein et qu'on retrouve enfin, amnésique, au bord d'une route. Les exigences de qualité, de spécificité et de santé pour l'organe en question s'inscrivent en faux contre de telles rumeurs qui relèvent de procédés hasardeux et criminels. Il est certain en revanche que, pour des raisons économiques, certains pourralent être tentés de mettre à disposition leurs organes contre rémunération. Swisstransplant et l'Académie suisse des sciences médicales se sont toujours opposées avec la dernière vigueur à un tel marché.

Il en est autrement en revanche pour les tissus et les ceilules. Le premier exemple pour cela est, bien entendu, le sang que beaucoup d'entre nous offrent pour être transfusé à d'autres personnes. Si le don de cellules et d'autres tissus demeure gratuit, les traitements, les clonages, les dévitalisations dont lis sont l'objet les modifient sensiblement, et l'interdiction de commercialisation ne saurait plus leur être appliquée aussi strictement. Pensons simplement aux divers sérums issus de plasma humain, que nous payons lorsqu'il s'agit de nous prémunir contre certaines maladies aliant de l'hépatite aux oreilions.

Ajoutons encore qu'en parlant de gratuité de don d'organes et d'interdiction de leur commerce, le Conseil fédéral n'entend pas interdire l'indemnisation des manoeuvres médicales et techniques qui sont nécessaires à valoriser l'organe pour l'implanter.

Avant de conclure, j'almerais encore évoquer trois sujets qui ont retenu notre attention:

- 1. Le premier concerne la définition de la mort. Cette définition est nécessaire car le prélèvement d'organes et les chances de les implanter valablement en dépendent étroitement. Nous n'avons pas voulu l'inscrire dans la constitution: les règles de cette définition sont actuellement entre les mains de l'Académie suisse des sciences médicales et donnent toute satisfaction. La loi déterminera sous quelle forme ces directives seront inscrites dans les textes et quelles seront leurs relations avec l'évolution permanente de la science médicale en la matière.
- 2. Le second point touche au consentement en cas de don d'organes. Faut-il un acquiescement préalable clair du donneur, confirmé par l'entourage? Ou l'absence d'une disposition interdisant le prélèvement permet-elle de procéder automatiquement? Les sensibilités sont encore très contrastées sur ce sujet, et il n'est par allieurs pas certain que des dispositions apparemment plus contraignantes, de type consentement implicite, facilitent réellement le travail des médecins qui prélèvent. L'expérience montre bien qu'il est difficilement concevable de prélever un organe sur un donneur en état de mort cérébrale, sans en référer à ses proches, quoi qu'autorise la loi.
- 3. Le troisième point a retenu longtemps l'attention de la commission: faut-il, oui ou non, inscrire dans la constitution le devoir pour la Confédération d'encourager le don d'organes, de cellules et de tissus? Devant le besoin réel d'organes, devant le manque croissant de donneurs, devant les progrès médicaux qui permettent la greffe là où elle était hier encore impossible, nous étions nombreux, professionnels et parlementaires, à souhaiter une telle disposition constitutionnelle. Elle ne figure pourtant pas dans le projet de votre commission, même si Mme Brunner Christiane va présenter un amendement pour l'introduire comme un alinéa 4.

Quelles sont alors les raisons qui ont incité votre commission à se priver d'une telle disposition incitative? Il y a, bien entendu, les raisons économiques – et vous comprendrez que, même dans un domaine comme celui-ci, nous n'ayons pas



souhaité donner de nouvelles tâches à la Confédération. Il y a ensuite l'étendue de l'encouragement souhaitable. La Confédération pourrait se limiter à des campagnes d'information. Nous savons que le succès remporté par les campagnes d'incitation en Espagne, qui est un pays modèle en la matière, est étroitement lié, lui, aux encouragements financiers qui ont été prodigués aux höpitaux qui s'affichent dans le prélèvement d'organes. Finalement, l'alinéa 1er, pris dans son acception générale, permet à la Confédération de prendre toute prescription dans le domaine de la transplantation d'organes, de tissus et de cellules, donc aussi les mesures d'encouragement et d'incitation souhaitées.

Faut-II alors vraiment alouter une disposition contraignante? Mme Dreifuss, conseillère fédérale, a très clairement exprimé devant la commission ses intentions de soutenir, dans le domaine de la transplantation, une information de qualité respectant la conscience populaire, aidant les institutions sans se substituer à elles. Je lui saurai gré de bien vouloir nous répéter ces propos devant notre Conseil.

Au nom de la commission, je vous encourage à accepter l'article constitutionnel 24decies qui nous est proposé. Les patients transplantés et leurs associations, les médecins transplanteurs et Swisstransplant ont un besoin urgent d'une telle disposition. Si nous nous déclarons ici décidés à encourager chacun à être donneur d'organes, le cas échéant, il est bon en conclusion de rappeler aussi que chacun est susceptible un jour de bénéficier d'un organe qu'un moins chanceux que lui aura eu l'humanité et la conscience de lui céder.

Forster Erika (R, SG): Der Transplantationsmedizin kommt heute eine enorme Bedeutung zu. Viele Menschen verdanken ihr eine grundlegende Verbesserung ihrer Lebensqualität oder gar ihr Leben. Neue technische Errungenschaften haben in den letzten Jahren neue Möglichkeiten eröffnet. Die medizinische Entwicklung geht weiter, rascher als die Gesetzgebung und rascher, als dies vielen von uns möglicherweise lieb ist. Wir wollen aber einen verantwortungsbewussten Umgang mit dieser Medizin. Auch hier wie in der Gentechnologie gilt es, einen Rahmen zu geben, den wir sowohl ethisch als auch moralisch vertreten können.

Dem hohen Niveau der schweizerischen Transplantationsmedizin steht heute aber nach meiner Meinung ein grundsätzliches Vakuum gegenüber. Wohl haben alle Kantone in ihre Gesundheitsgesetze Vorschriften über die Organtransplantation aufgenommen. Ich bin aber der Meinung, dass wir es nicht mehr länger vertreten können, je nach Kanton unterschiedliche Voraussetzungen für die Organentnahme zu haben, nämlich stillschweigende Akzeptanz oder ausdrückliche Zustimmung zur Entnahme, zur Zuteilung oder zum Umgang mit Transplantaten. Allerdings verfügen nur zwanzig Kantone überhaupt über eine Regelung betreffend Spendeentnahme und Transplantation von Organen, und selbst diese sind unvollständig und grösstenteils nicht mehr zeitgemäss. Zudem unterscheidet sich die Handhabung teilweise wesentlich. Ein Verfassungsartikel schafft demgegenüber Klarheit und Einheitlichkeit in der Schweiz.

Wenn auch in unserem Land Organhandel nie stattgefunden hat, ist es trotzdem wichtig, eine solche Entwicklung bereits in der Verfassung zu verbieten. Der vorliegende Verfassungsartikel ist ja nicht nur Kompetenznorm, sondern er ist für den Bund Verpflichtung zu legiferieren. Der Artikel ist offen formuliert, enthält aber doch gewisse Leitplanken. Die offene Formulierung erlaubt es auch dem Gesetzgeber, der schnell fortschreitenden Entwicklung Rechnung zu tragen. Zentrale Elemente sind die Unentgeltlichkeit der Organ-

spende und die gerechte Zuteilung der Organe. Sicher gehören beide Elemente als Leitplanken in einen Verfassungsartikel. Die Zuteilung darf nicht einfach dem freien Markt überlassen werden, sonst werden finanzielle Möglichkeiten ausschlaggebend sein, was vom ethischen Standpunkt her nicht

Das Gesetz soll auch für eine rechtsgleiche Behandlung aller Patientinnen und Patienten sorgen. Welche Kriterien für eine gerechte Zuteilung gelten sollen, ist einfacher zu diskutieren und in Worte zu fassen, als dies juristisch möglich ist. Bereits

dle Vernehmlassung zum Verfassungsartikel hat gezeigt, dass die Formulierung «gerechte Zuteilung» von einigen als zu offen empfunden wurde. Heute nehmen Fachinstanzen ihre Aufgaben wahr, und eine Kontrolle ist durch die Meldepflicht gewährleistet. Hier werden entsprechende Kriterien noch zu diskutieren sein. Dies zeigt, dass die wirklich entscheidenden Kontroversen erst bei den Debatten um das Transplantationsgesetz stattfinden werden, dessen Grundlage der Verfassungsartikel ist. Dann wird es darum gehen. die Frage des Todeszeltpunktes zu klären; aber auch die Zustimmung des Spenders bzw. seiner Angehörigen muss gereaelt werden.

Noch einige Worte zum leidigen Problem der Organspenden: Die Fortschritte in der Transplantationsmedizin haben vielen Menschen neue Lebensqualität und Hoffnung geschenkt. Dennoch sterben immer noch viele Patientinnen und Patienten, die auf ein neues Organ warten. Der Organmangel ist kein schweizerlsches Problem, Diskussionen darüber gibt es auch in den USA und in den meisten europäischen Staaten. In der Schweiz, denke ich, ist es vor allem das Verdienst der Stiftung Swisstransplant, mit der Einführung eines Spenderausweises das Bewusstsein für den Nutzen von Organtransplantationen erhöht zu haben.

Dies reicht aber bei weitem nicht; die Spendebereitschaft muss gesteigert werden. Ich denke: Wir sind alle aufgefordert, durch Aufklärungsarbeit diese gute Sache zu unterstützen. Zu prüfen wäre, ob sich der Bund nicht noch stärker auf diesem Gebiet engagieren sollte, etwa durch vermehrte Unterstützung von Aufrufen für Organspenden oder durch Mitfinanzierung von Kampagnen. Ich möchte Sie, Frau Bundesrätin, einfach bitten, überall, wo es möglich ist, Unterstützung zu gewähren und immer wieder auf diese Problematik hinzuweisen.

Diese Aufgabe kann aber bereits heute vom Bund wahrgenommen werden. Ob es hierzu eine Verfassungsbestimmung braucht, wie sie uns von Frau Brunner in einem Antrag vorgeschlagen wird, bezweifle ich. Ich würde mich allenfalls eines Besseren belehren lassen und könnte dann auch dem Antrag Brunner Christiane zustimmen. Wenn aber Frau Bundesrätin hier noch einmal erklärt, dass eine Verfassungsbestimmung nicht notwendig ist, dann bitte ich Sie einfach, den Anträgen der Kommission zuzustimmen und den Antrag Brunner Christiane abzulehnen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Nous en sommes encore au stade de l'entrée en matlère et nous mènerons certainement la discussion sur la proposition Brunner Christiane, tout à l'heure. Je n'ai vraiment que très peu de choses à ajouter aux excellentes présentations faites par M. Rochat et Mme Forster.

1. Je voudrais souligner tout simplement dans quel environnement se déroule ce besoin d'harmonisation entre les réglementations cantonales, en citant un exemple récent dont on a parlé, qui est presque anecdotique: récemment, une personne accidentée est décédée, la mort cérébrale ayant été constatée. C'est sur le plan européen que la question s'est posée de savoir qui pourrait bénéficier des organes prélevés et, dans la nuit, se sont retrouvés à l'höpital de Genève quatre médecins expédiés l'un de Paris, l'autre de Londres, l'autre de Zurich et le quatrième de je ne sais plus où, chaque fois avec entre les mains un espoir de vie pour un patient hospitalisé dans l'une de ces capitales ou dans l'un de ces pays. Il est clair que lorsque le réseau de distribution des possibilités de survie se fait aux dimensions du continent, on ne peut pas se contenter de réglementations contradictoires et lacunaires sur le plan cantonal. Je vous remercie donc de soutenir le projet de donner une base constitutionnelle à cela, et nous le verrons tout à l'heure en discutant de la proposition Brunner Christiane.

Nous considérons que l'alinéa 1er, que nous vous proposons et que vous êtes prêts à soutenir, nous donne une compétence tout à fait large dans ce domaine et, selon les besoins, permettra d'ajuster une législation plus ou moins d'intervention de la Confédération, selon les besoins qui se feront sen-



2. J'aimerais souligner ce qu'a dit M. Rochat, notamment que si nous avons actuellement - je ne sais plus exactement la proportion exacte, mais grosso modo - une moitié de cantons qui ont adopté la règle du consentement explicite et l'autre qui ont une législation, celle de la non-opposition, la différence est mineure. La décision du Tribunal fédéral sur la législation genevolse le montre bien: même dans le cas où l'on se contente d'une non-opposition, un réel travail d'information du patient et de la famille doit être fait, afin que nous ayons la garantie de ne pas choquer, dans ce sens-là, le sentiment de respect des morts que l'on peut éprouver. Si vous me permettez d'ailleurs de faire le lien avec l'objet précédent, je dirai que je partage tout à fait le souci de ce respect des morts à propos duquel, tout en le comprenant, je n'al pas montré de disposition à modifier la législation dans le domaine des archives, objet dont on vient de débattre.

Nous avons donc là des différences mineures et il nous faudra, dans le cadre de la législation, voir à quelle solution nous donnerons la préférence.

3. A ce propos, permettez-moi de dire quel est le plan du Conseil fédéral pour passer ensuite de l'article constitutionnel à la législation.

Vous le savez, il y a d'abord la question de la xénotransplantation, chaudement débattue au Conseil national en décembre 1997, avec des propositions de moratoire dans ce domaine. Il y a eu motions - motion Onken (93.3573), motion Huber (94.3052) – demandant au Conseil fédéral de régler la xénotransplantation et de la soumettre à autorisation. Nous avons une base légale qui n'est pas très large puisque, comme l'a dit M. Rochat, elle permet d'agir pour éviter des risques d'infection. La situation actuelle nous permet de déclarer un moratoire de fait avec une modification de l'arrêté fédéral sur le contrôle du sang, des produits sanguins et des transplants, surtout en ce qui concerne les organes proprement dits. Le Conseil fédéral a adopté un message sur la modification de cet arrêté fédéral en date du 3 juin 1998. Le travail parlementaire peut donc être immédiatement entrepris et aboutir encore cette année.

En ce qui concerne la loi proprement dite, j'almerals souligner que si la décision pariementaire peut tomber pendant la session d'été 1998, nous pourrions envisager une votation en fin novembre de cette année. Notre intention est de poursuivre la préparation de la loi d'ici la date de la votation, ce qui nous permettrait ensuite de prendre une décision sur la base d'une procédure de consultation très large et approfondie, et de pouvoir vous proposer une décision avant janvier de l'année prochaine. Le débat parlementaire pourrait alors avoir lieu en l'an 2000 et nous pensons à une entrée en vigueur de la loi au début de 2002. Vous voyez que nous agissons aussi rapidement que possible, et nous vous remercions de nous soutenir dans cet effort d'aller rapidement de l'avant.

Je vous invite donc à entrer en matière sur la proposition de votre commission, qui correspond à celle du Conseil national. Mals je crois, Monsieur le Président, que la courtoisie me demande d'attendre d'avoir entendu le développement de la proposition Brunner Christiane avant de faire les déclarations que l'on attend de moi, et qui pourraient peut-être ensuite permettre à Mme Brunner, tranquillisée, de se poser la question de savoir si son amendement est vraiment nécessaire.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschiossen L'entrée en matière est décidée sans opposition

Bundesbeschluss betreffend eine Verfassungsbestimmung über die Transplantationsmedizin

Arrêté fédéral concernant un article constitutionnel sur la médecine de la transplantation

Detailberatung - Examen de détail

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Art. 24decies Abs. 1–3 Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates Titre et préambule, ch. I introduction, art. 24decles al. 1–3 Proposition de la commission Adhérer à la décision du Consell national

Angenommen - Adopté

Art. 24decles Abs. 4

Antrag Brunner Christiane

Der Bund fördert durch Information der Bevölkerung die Bereitschaft zur Organspende.

Art. 24decles al. 4

Proposition Brunner Christiane

La Confédération encourage le don d'organes en informant la population sur sa nécessité.

Brunner Christiane (S, GE): En lisant le message du Conseil fédéral, nous avons pris acte que dans notre pays le nombre de donneurs d'organes est très bas par rapport à la population résidente et par rapport aux besoins. Dans d'autres pays européens, les pourcentages de donneurs sont plus élevés et il semblerait bien qu'à la base de cette situation il y ait un problème d'information et de sensibilisation de la population. Pour remédier à ce problème, l'avais déposé en commission une proposition qui demandait à la Confédération de prendre des mesures en vue d'encourager les dons d'organes. Cette proposition pouvait être comprise comme un élargissement des compétences de la Confédération à d'autres mesures que l'information efficace de la population. Elle n'a finalement pas été retenue par la commission qui ne voulait pas que la Confédération soit liée par des mesures allant plus loin que l'information appropriée destinée à encourager le don d'or-

Je refais ici une tentative avec une nouvelle formulation plus étrolte et plus ciblée, sous la forme d'un nouvel alinéa 4, parce que j'estime que le problème de l'information est important. Malgré les efforts déployés par la Fondation Swisstransplant, il n'y a de loin pas suffisamment de donneurs par rapport aux listes d'attente. Swisstransplant est la seule fondation nationale pour le don et la transplantation d'organes. Elle fonctionne sur la base du volontariat. Elle est actuellement confrontée à des grandes difficultés parce qu'en Suisse le nombre de donneurs diminue constamment. Et il est tout de même choquant d'apprendre qu'il y a des listes d'attente de plusieurs centaines de personnes et que celles-ci attendent pendant des années la chance d'une greffe. Il faut imaginer ce que cela signifie de vivre pendant des années entre l'espoir et la résignation. Un malade sur quatre finit d'ailleurs par mourir, faute d'avoir pu bénéficier du don de l'organe dont il aurait eu besoin pour survivre. Pourtant, notre pays dispose de structures médicales et du savoir-faire nécessaire. Mais ces structures et ce savoir-faire ne profitent qu'à une petite partie des malades concernés, laissant les autres sans aide. Je suis convaincue qu'une politique active d'information amènerait plus de personnes à se mettre à disposition pour un don d'organes. La Fondation Swisstransplant fait beaucoup d'efforts, mais ils ne suffisent pas pour atteindre et sensibiliser l'ensemble de la population. Elle met par exemple à disposition une carte de donneur que toute personne peut porter sur sol et ainsi signifier qu'elle est d'accord pour que l'on prélève des organes si elle décède, dans le but de les greffer sur une autre personne.

J'ai distribué et montré cette carte en commission, or personne ne la connaissait. Cette carte de donneur n'est pas connue et est relativement peu utilisée.

Il y a certainement des personnes qui refusent le don d'organes par principe, pour des raisons de convictions ou de religion. Mais il y a beaucoup plus de personnes qui, soit ne connaissent pas le problème du manque d'organes, soit ont des hésitations ou des craintes par rapport aux circonstances ou aux modalités du prélèvement par exemple. C'est cette catégorie-là de la population qui répondrait favorablement à une information objective appropriée.

Sans faire de l'incitation, il s'agit simplement d'informer sur ce que la médecine de la transplantation peut faire et de laisser



Е

ensuite aux gens le choix de se mettre à disposition pour un don d'organes. Je suis convaincue que beaucoup de personnes choisiraient de faire ce pas par solidarité humaine, si elles étaient au courant de cette possibilité et si elles savaient que cette possibilité permet de sauver des vies humaines. Je vous invite donc à soutenir ma proposition qui laisse par ailleurs toute latitude au Conseil fédéral de définir la forme et l'ampleur qu'il enterid donner à l'information de la population. Même si le Conseil fédéral dispose implicitement de la compétence nécessaire sur la base de l'alinéa 1er de cet article, i'estime qu'il est bon d'inscrire cette compétence explicitement dans la constitution, car nous aurons ainsi fait un pas en avant.

Rochat Eric (L, VD), rapporteur: Je ne peux évidemment qu'être d'accord avec le constat que dresse en début de son intervention Mme Brunner. J'almerais cependant ajouter une autre explication aux difficultés que rencontre Swisstransplant. Tout d'abord, concernant Swisstransplant, la question s'est posée de savoir quel était le statut de cette institution et à quoi elle correspondait. En fait, elle correspond surtout à une nécessité. Nous l'avons dit, Mme Dreifuss, conseillère fédérale, a donné un exemple européen, nous avons des exemples suisses: on ne trouve par forcément l'organe là où est celui qui est capable de le recevoir, et il serait regrettable qu'un organe «vaudois», si j'ose l'expression, ne puisse être donné immédiatement à un Saint-Gallois, alors que c'est seulement un Saint-Gallois qui, à ce moment-là, présente les caractéristiques permettant de recevoir et de conserver cet organe. C'est la même chose avec les autres pays d'Europe. Donc, Swisstransplant est une nécessité. Il y a peut-être, il y a certainement un nombre de donneurs qui ne va pas en augmentation. Mais il y a surtout des difficultés qui sont liées au prélèvement même des organes. On ne prélève pas un organe n'importe comment et n'importe où. Il faut une infrastructure sûre, il faut des équipes prêtes à le faire 24 heures sur 24. Il faut des équipes prêtes non seulement à prélever l'organe, mais à le conserver, à le transmettre et à le transporter.

Et les difficultés qu'ont par exemple les hôpitaux à l'heure actuelle avec les caisses-maladie qui ne prennent pas en charge le prélèvement de l'organe, même si elles prennent en charge la greffe de cet organe par la suite, créent dans la situation financière que nous connaissons tous dans le domaine de la santé publique, il faut le dire, un certain rafraîchissement de l'atmosphère. On ne prélève plus avec autant de zèle, on ne prélève peut-être plus en autant d'endroits qu'on le faisait auparavant. C'est une autre explication et il est vrai qu'une compétence fédérale pourrait être exercée au niveau des caisses-maladie.

La première phrase de l'alinéa 1er, je l'ai dit dans le débat d'entrée en matière, a semblé à la commission plus appropriée qu'un alinéa 4. D'une part, et c'est la moindre des raisons, parce que, dans un article constitutionnel, cet encouragement à l'information nous semble peut-être un peu léger par rapport au poids et à la gravité des trois premiers alinéas. Mais surtout parce qu'il donne la possibilité à la fois d'intervenir sur le plan des caisses-maladie, sur le plan de l'information, mais aussi sur le plan des accords internationaux, si ceux-ci, s'avèrent nécessaires; on vient d'en avoir un exemple.

Dans ce sens-là, après une longue discussion, après avoir témoigné tout son intérêt pour la proposition Brunner Christiane, la commission s'est ralliée au Conseil fédéral en préférant la formulation plus large d'un alinéa 1 er à celle, plus marginale, d'un alinéa 4 qui vous est proposé aujourd'hul.

C'est pour cela qu'au nom de la commission, je vous recommande de vous en tenir finalement à la solution qui a été retenue par le Conseil national dans son ensemble.

Cottier Anton (C, FR): Comme le rapporteur vient de le dire, la commission a eu à trancher une proposition semblable durant ses travaux. Le but qui consiste à sensibiliser l'opinion et à susciter un état d'esprit favorable au don d'organes n'est pas du tout contesté ni par la commission, ni même, je pense,

par le Conseil fédéral. Mais cette tâche est déjà comprise dans la compétence générale de l'alinéa 1er. La commission a estimé qu'il suffisait simplement de préciser en plénum qu'une politique d'information et d'encouragement était possible pour le Conseil fédéral; mais elle ne voulait aucune obligation. La version proposée par la commission ne prive pas le Conseil fédéral de sa compétence, mais elle ne lui impose pas non plus d'obligation, alors que la proposition Brunner Christiane obligerait le Conseil fédéral à agir.

La semaine passée, notre Conseil a refusé, dans le but de rétablir l'équilibre budgétaire, un changement d'impôts qui tendait à promouvoir la propriété du logement famillal et cette décision, si dure qu'elle ait paru, était appropriée. Il ne suffit pas de penser aux finances dans les grandes décisions seulement: l'équilibre financier se fait aussi par une multitude de petites décisions où de nouvelles dépenses de 1 ou 5 millions de francs sont contractées par-ci, par-là. Si vous acceptez la proposition Brunner Christiane, vous devrez voter chaque année, de façon obligatoire et nécessaire, une nouvelle dépense, alors que si vous suivez la version de la commission, la dépense ne sera pas obligatoire. Une action d'encouragement et une action en matière de transplantation existe déjà aujourd'hui. Elle est financée par des fonds publics et privés. Or, en imposant une obligation constitutionnelle, on se priverait aussi de ces fonds privés.

C'est la raison pour laquelle nous estimons que la proposition Brunner Christiane doit être rejetée, comme elle l'a été, par ailleurs, en commission, par 7 voix sans opposition. Je vous invite à adopter la proposition de la commission.

Merz Hans-Rudolf (R, AR): Das Entscheidende, nämlich wie die Diskussion in der Kommission gelaufen ist, haben wir erst jetzt von Kollege Cottier gehört. Das hat sehr viel Klarheit gebracht. Deshalb halte ich meine Intervention ganz kurz.

Ich möchte mich Herrn Cottler anschliessen und Sie bitten, dem Antrag Brunner Christiane nicht zuzustimmen. Ich habe, Frau Brunner, sehr viel Verständnis für Ihr Anliegen. Sie haben gesagt, dass wir in der Schweiz bezüglich Organspenden Im Verhältnis zur Wohnbevölkerung, europäisch gesehen, am untersten Ende seien. Man konnte zynischerwelse sagen: Wir sind manchmal so egoistisch, dass wir selbst beim Organspenden noch zu geizig sind. Das wäre die eine Variante. Die vermutlich bessere und zutreffendere Variante ist die Tatsache, dass die Organspende nicht propagiert wird, dass wir einen Nachholbedarf haben.

Einmal davon abgesehen, dass sich der Bund hier eine umstrittene Aufgabe einhandeln würde, die ihm keine Freunde brächte, môchte ich einen grundsätzlichen Hinweis machen. Es gibt zunehmend Anliegen, bei denen wir uns als Gesetzgeber nicht nur auf das Erlassen von Regelungen oder Gesetzen konzentrieren, sondern uns verpflichtet fühlen, ein Verfassungs- oder Gesetzgebungsprojekt gleichsam nach der Abstimmung noch weiterhin politisch zu begleiten. So werden gelegentlich Kommissionen oder ganze Amtsstellen geschaffen. Die neueren Beispiele sind das Gleichstellungsbüro oder der Rassismusartikel. Hier muss man sich ernsthaft fragen, wie weit die aktive Unterstützung von - überdies noch so berechtigten und unumstrittenen - Anliegen durch den Staat gehen soll. Meist sollte die private Initiative genügen.

Bei Initiativen hat es vor den Abstimmungen in der Regel entsprechende Komitees oder Stiftungen, die sich der Sache annehmen. Auf dem Gebiet der Transplantationsmedizin ist dies auch der Fall. Wir können es uns nicht leisten, für jeden neuen Verfassungsartikel Ämter oder Stellen zu schaffen. Für uns geht es letztlich nur darum, die Kompetenzen zu re-

In der Botschaft auf Seite 39 ist kein Hinwels auf die Informationskampagne enthalten, also hat es offenbar auch der Bundesrat nicht so gesehen. Wenn man das in diesem Falle bel einem so komplexen Problem tut, dann muss man es entweder richtig tun - dann kostet es Mittel, und zwar personelle und finanzielle in grösserem Ausmass - oder davon Abstand nehmen. Das Thema ist zu kompliziert und zu schwierig, als dass ein bisschen Imagewerbung genügen würde.



Deshalb habe ich grosse Zweifel und bitte Sie, den Antrag Brunner Christiane abzulehnen.

Brunner Christiane (S, GE): J'almerais quand même revenir sur un point. J'al changé la formulation de la proposition par rapport à celle que J'avais présentée en commission et qui parlait plus largement de toutes les mesures d'encouragement du don d'organes. Cette fois-ci, je propose, d'ailleurs en ayant pris acte des discussions en commission, de ne parler que d'information.

Je trouve quand même que, lorsque des membres éminents de la commission disent: «On comprend le problème. Nous sommes tout à fait favorables à l'information sur le don d'organes dans notre pays, mais nous ne sommes pas d'accord de payer un sou pour assurer cette information», l'argument est un peu contradictoire. A mon avis, il s'agit d'une tâche qui peut être réalisée par des organisations privées, mais il s'agit aussi que la Confédération et l'Etat en tant que tels informent sur un chapitre important de la santé publique et veillent à ce que la population ait un niveau d'information suffisant pour savoir que le don d'organes est utile, qu'il n'est pas seulement généreux et qu'il permet de sauver des vies humaines. Dans ce sens, les arguments qui ont été évoqués maintenant me désécurisent un peu quant à la décision de retirer ma proposition. J'espère donc bien que le Conseil fédéral va faire une déclaration un peu plus déterminée sur ce sujet.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Avant d'en arriver à la déclaration sur les intentions du Conseil fédéral, j'aimerais confirmer qu'à nos yeux, cela n'est pas nécessaire puisque la compétence de l'alinéa 1 er nous permet de légiférer dans ce domaine et donc, par la voie de la législation, de préciser ce qui peut être fait directement et à titre subsidiaire par la Confédération, par exemple en plus des règles sur l'attribution des organes. Nous considérons donc que ça n'est pas nécessaire sur le plan constitutionnel.

Nous avons l'intention de faire un travail d'information et de le préciser dans le texte de loi que nous vous présenterons dès que la base constitutionnelle aura été créée, ce qui permettra de discuter de façon plus approfondie sur la responsabilité propre de la Confédération et sa responsabilité subsidiaire par rapport à des organisations. Je partage tout à fait l'avis de Mme Brunner que ça ne devrait pas être la crainte d'une activité nouvelle de la Confédération qui devrait faire rejeter cette proposition. Nous aurons à informer, nous aurons besoin de moyens pour le faire et nous examinerons, en relation avec la loi, comment nous y prendre.

La question est un peu difficile et je comprends que Mme Brunner ait un peu de peine à suivre la discussion, puisque sa proposition, à l'origine en commission, allait beaucoup plus loin. On lui a reproché de ne pas clarifier quelle devait être la tâche de la Confédération en matière d'encouragement du don d'organes. Maintenant que les choses se sont réduites à une tâche d'information de la Confédération — ce qui nous paraît également nécessaire —, on lui reproche quasiment de ne pas envisager d'autres mesures de promotion qui pourraient s'avérer nécessaires. Il est tout à fait possible que des mesures doivent être prises, par exemple pour corriger cette lacune de financement que laisse ouverte l'assurance-maladie. Je ne dis pas que c'est l'assurance-maladie qui doit le payer, mais il y a peut-être là une lacune de financement à examiner plus en détail.

Si je demande néanmoins à Mme Brunner de comprendre que je ne peux pas soutenir sa proposition, c'est d'abord à cause du caractère non subsidiaire de la formulation. C'est vraiment à la Confédération d'informer la population sur la nécessité du don d'organes. Avec cette formulation, nous n'avons plus le choix de passer par d'autres organisations, de choisir d'autres canaux.

Surtout, je craindrais de raviver le débat qui a eu lleu au Conseil national, et de le raviver cette fois-ci dans le cadre d'une campagne pour l'inscription de ce nouvel article dans la constitution, et qui serait le reproche de choisir unilatéralement le parti du receveur potentiel, en disant: «la Confédération doit à tout prix veiller à ce que les dons d'organes solent en nom-

bre suffisant», montrant par là que, pour nous, cette médecine, qui est une médecine salvatrice, est une médecine tellement importante qu'elle devient une des tâches principales de la Confédération.

C'est pour garder à cet article constitutionnel son caractère de principe fondamental et de compétence à donner à la Confédération, que je considère que cet ajout, tout utile qu'il soit, tout opportunes que soient les activités qu'il décrit, changerait à mon avis un peu le caractère du texte dans son ensemble et pourrait, dans la campagne, faire plutôt obstacle que faciliter son adoption.

En d'autres termes, le caractère non indispensable de cet alinéa, même si les activités décrites le sont, me fait souhaiter qu'il ne soit pas inscrit dans la Constitution fédérale.

Brunner Christiane (S, GE): Je n'entends pas raviver le débat passionnel qui a eu lieu au Conseil national. Mon objectif était d'ailleurs tout autre que celui visé lors de la discussion au Conseil national.

Je prends acte que le Conseil fédéral entend mener une politique d'information et qu'il nous en présentera le cadre, lors de la discussion sur la loi d'application. En ce moment, ce qui dérange le Conseil fédéral, c'est seulement l'inscription de cette disposition dans la constitution. Je ne partage toutefois pas l'opinion de Mme Dreifuss, conseillère fédérale, lorsqu'elle dit que c'est la Confédération qui doit impérativement le faire. Avec une disposition telle que je la propose, la Confédération pourrait aussi déléguer sa compétence à d'autres organismes. Tout cela sera discuté lors des débats sur le projet de loi.

Prenant acte des déclarations du Conseil fédéral, je retire ma proposition.

Präsident: Frau Brunner hat ihren Antrag zurückgezogen.

Ziff. II

Antrag der Kommission Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. I

Proposition de la commission Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen - Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble Für Annahme des Entwurfes

34 Stimmen (Einstimmigkeit)

An den Nationalrat - Au Consell national



97.035

Transplantationsmedizin. Verfassungsbestimmung Médecine de la transplantation. Article constitutionnel

Schiussabstimmung – Vote final
Jahrgang 1997, Seite 2410 – Voir année 1997, page 2410
Beschluss des Ständerates vom 15. Juni 1998
Décision du Conseil des Etats du 15 juin 1998

Bundesbeschluss betreffend eine Verfassungsbestimmung über die Transplantationsmedizin Arrêté fédéral concernant un article constitutionnel sur la médecine de la transplantation

Namentiiche Abstimmung Vote nominatif (Ref.: 2231)

Für Annahme des Entwurfes stimmen - Acceptent le projet: Aeppli, Aguet, Antille, Aregger, Banga, Bangerter, Baumann Stephanie, Baumberger, Beguelin, Berberat, Bezzola, Bircher, Blaser, Blocher, Bonny, Borel, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Tonl, Bührer, Burgener, Carobbio, Cavadini Adriano, Columberg, Comby, David, de Dardel, Deiss, Dettling, Dormann, Dreher, Ducrot, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Ehrler, Engelberger, Engler, Eymann, Fankhauser, Fasel, Fässler, Fehr Hans, Fehr Jacqueline, Fehr Lisbeth, Filliez, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Föhn, Freund, Frey Claude, Friderici, Fritschi, Gadient, Glezendanner, Goll, Grobet, Gros Jean-Michel, Grossenbacher, Guisan, Gusset, Gysin Hans Rudolf, Hafner Ursula, Hämmerle, Hasler Ernst, Heberlein, Hegetschweiler, Heim, Herczog, Hess Otto, Hess Peter, Hochreutener, Hubmann, Imhof, Jaquet, Jutzet, Keller Rudolf, Kofmel, Kühne, Kunz, Langenberger, Lauper, Leemann, Leu, Loeb, Loretan Otto, Lötscher, Maspoll, Maurer, Maury Pasquier, Meier Samuel, Meyer Theo, Moser, Müller Erich, Müller-Hemmi, Nabholz, Oehrli, Pelli, Philipona, Pidoux, Raggenbass, Randegger, Ratti, Rechstelner Paul, Rechstelner Rudolf, Rennwald, Roth, Ruckstuhl, Ruf, Rychen, Sandoz Marcel, Sandoz Suzette, Schenk, Scheurer, Schlüer, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Seiler Hanspeter, Semadenl, Simon, Speck, Spielmann, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steinegger, Steinemann, Steiner, Stucky, Stump, Suter, Thanei, Theiler, Thur, Tschäppät, Tschopp, Tschuppert, Vallender, Vermot, Vetterli, Vogel, Vollmer, von Allmen, Waber, Weber Agnes, Weigelt, Weyeneth, Widmer, Wldrig, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss, Zapfi, Zlegler, Zwygart

Dagegen stimmen – Rejettent le projet: Bühlmann, Christen, Frey Walter, Genner, Gonseth, Gysin Remo, Hollenstein, Meler Hans, Schmied Walter, Teuscher, von Felten (11)

Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent: Baumann Ruedi, Bäumlin, Chiffelle, Gross Andreas, Keller Christine, Marti Werner, Ostermann, Steffen, Zbinden (9)

Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents: Alder, Baader, Baumann Alexander, Binder, Caccia, Cavalli, Epiney, Grendelmeier, Gross Jost, Günter, Haering Binder, Jans, Jeanprêtre, Lachat, Leuba, Maitre, Mühlemann, Pini, Ruffy, Scherrer Jürg, Strahm (21)

Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas: Leuenberger 97.035

Transplantationsmedizin. Verfassungsbestimmung Médecine de la transplantation. Article constitutionnel

S

Schlussabstimmung – Vote final
Siehe Seite 626 hiervor – Voir page 626 ci-devant
Beschluss des Nationalrates vom 26. Juni 1998
Décision du Consell national du 26 juin 1998

Bundesbeschluss betreffend eine Verfassungsbestimmung über die Transplantationsmedizin Arrêté fédéral concernant un article constitutionnel sur la médecine de la transplantation

Abstimmung – Vote Für Annahme des Entwurfes

42 Stimmen (Einstimmigkeit)

An den Bundesrat - Au Conseil fédéral



Vorlage der Redaktionskommission für die Schlussabstimmung

Bundesbeschluss betreffend eine Verfassungsbestimmung über die Transplantationsmedizin

vom 26. Juni 1998

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 23. April 1997¹, beschliesst:

I

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 24decies

- ¹ Der Bund erlässt Vorschriften auf dem Gebiet der Transplantation von Organen, Geweben und Zellen. Er sorgt dabei für den Schutz der Menschenwürde, der Persönlichkeit und der Gesundheit.
- ² Er legt insbesondere Kriterien für eine gerechte Zuteilung von Organen fest.
- ³ Die Spende von menschlichen Organen, Geweben und Zellen ist unentgeltlich. Der Handel mit menschlichen Organen ist verboten.

II

Dieser Beschluss untersteht der Abstimmung des Volkes und der Stände.

9030

BBI 1997 III 653

(97.035)

Arrêté fédéral concernant un article constitutionnel sur la médecine de la transplantation

du 26 juin 1998

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu le message du Conseil fédéral du 23 avril 1997!, arrête:

I

La constitution fédérale est modifiée comme suit:

Art. 24decies

- ¹ La Confédération édicte des dispositions dans le domaine de la transplantation d'organes, de tissus et de cellules. Ce faisant, elle veille à assurer la protection de la dignité humaine, de la personnalité et de la santé.
- ² Elle veille à une répartition équitable des organes.
- ³ Le don d'organes, de tissus et de cellules humaines est gratuit. Le commerce d'organes humains est interdit.

II

Le présent arrêté est soumis à la votation du peuple et des cantons.

39272

FF 1997 III 613

(97.035)

.

Progetto della Commissione di redazione per il voto finale

Decreto federale concernente un articolo costituzionale sulla medicina dei trapianti

del 26 giugno 1998

L'Assemblea federale della Confederazione Svizzera, visto il messaggio del Consiglio federale del 23 aprile 1997¹, decreta:

I

La Costituzione federale è modificata come segue:

Art. 24decies

- ¹ La Confederazione emana prescrizioni in materia di trapianto di organi, tessuti e cellule. Provvede in tale ambito alla protezione della dignità umana, della personalità e della salute.
- ² Stabilisce criteri affinché l'attribuzione degli organi sia equa.
- ³ La donazione di organi, tessuti e cellule umane è gratuita. Il commercio di organi umani è vietato.

II

Il presente decreto sottostà al voto del popolo e dei Cantoni.

0538

1 FF 1997 III 557

(97.035)